

No. 35892

**Germany
and
Latvia**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Latvia concerning the return/readmission of persons (Readmission Agreement) (with protocol). Berlin, 16 December 1998

Entry into force: *1 February 1999, in accordance with article 11*

Authentic texts: *German and Latvian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 27 July 1999*

**Allemagne
et
Lettonie**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lettonie concernant le renvoi ou la réadmission de personnes (Accord de réadmission) (avec protocole). Berlin, 16 décembre 1998

Entrée en vigueur : *1er février 1999, conformément à l'article 11*

Textes authentiques : *allemand et letton*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 27 juillet 1999*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Lettland
über
die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Lettland -

ausgehend von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten und ihren Völkern,

in der Absicht, der illegalen Zuwanderung im Geiste der europäischen Anstrengungen entgegenzutreten,

von dem Bestreben geleitet, die Rückübernahme von Personen, die sich illegal auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, und die Durchbeförderung von Personen im Einklang mit allgemeinen völkerrechtlichen Normen und im Geiste der Zusammenarbeit zu erleichtern -

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I
Übernahme eigener Staatsangehöriger
Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei ohne besondere Formalitäten die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt. Das gleiche gilt für Personen, die während ihres Aufenthalts im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, ohne eine andere Staatsangehörigkeit erworben oder nicht zumindest eine Einbürgerungszusicherung der anderen Vertragspartei erhalten zu haben.

(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Personen, die mit einem gültigen Nationalpaß der ersuchten Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist sind.

(3) Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Personen unter denselben Voraussetzungen zurück, wenn die Nachprüfung innerhalb von sechs Monaten ergibt, daß sie zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 nicht erfüllt haben.

Artikel 2

(1) Die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei beantwortet ein Übernahmeersuchen unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen.

(2) Nach erfolgter Zustimmung verständigen sich die zuständigen Behörden der Vertragsparteien schriftlich im voraus über den Überstellungstermin.

(3) Die Überstellung der Person erfolgt unverzüglich, im Regelfall innerhalb von einer Woche nach Ablauf der im Absatz 1 bestimmten Frist, im Ausnahmefall spätestens jedoch innerhalb eines Monats.

(4) Kann die ersuchende Vertragspartei die Übergabefrist nicht einhalten, unterrichtet sie unverzüglich die ersuchte Vertragspartei. Sie kündigt den neuen Überstellungstermin mindestens eine Woche vorher unter Bezugnahme auf das frühere Übernahmeersuchen an.

Abschnitt II

Übernahme von Drittstaatsangehörigen und staatenlosen Personen bei
rechtswidriger Einreise und rechtswidrigem Aufenthalt

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei die Person, die nicht die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzt (Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser), wenn sie die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei geltenden Voraussetzungen für die Einreise und den Aufenthalt nicht erfüllt und nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß die Person

1. auf dem Luft- oder Seeweg unmittelbar aus dem Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei rechtswidrig in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei eingereist ist beziehungsweise die Einreise unter Verwendung gefälschter Dokumente erschlichen hat oder
2. über einen gültigen, durch die andere Vertragspartei ausgestellten Aufenthaltstitel verfügt oder
3. ein gültiges, durch die andere Vertragspartei ausgestelltes Visum besitzt. Dies gilt nicht für ein Transitvisum, das von der ersuchten Vertragspartei zum Zwecke der direkten Weiterreise in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei ausgestellt wurde, wenn ein gültiges Visum oder ein anderer gültiger Aufenthaltstitel der ersuchenden Vertragspartei vorliegt, wobei sich die ersuchende Vertragspartei bemüht, Rückführungen vorrangig in den Herkunftsstaat durchzuführen.

(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Personen, die ihren letzten Wohnsitz im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei hatten.

Artikel 4

- (1) Der Antrag auf Übernahme muß innerhalb von 12 Monaten nach Kenntnis der zuständigen Behörden von der rechtswidrigen Einreise oder des rechtswidrigen Aufenthalts des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen gestellt werden.
- (2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die Übernahmeansuchen unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen.
- (3) Die kontrollierte Übernahme des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb einer Frist von drei Monaten, nachdem die ersuchte Vertragspartei der Übernahme zugestimmt hat. Diese Frist wird auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei nur im Falle rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse für die Übernahme und nur für die Dauer dieser Hindernisse verlängert.
- (4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien verständigen sich schriftlich im voraus über den beabsichtigten Überstellungstermin.
- (5) Die ersuchende Vertragspartei übernimmt einen Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen ohne besondere Formalitäten zurück, wenn die ersuchte Vertragspartei innerhalb von dreißig Tagen nach der Übernahme des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen feststellt, daß die Voraussetzungen nach Artikel 3 nicht vorgelegen haben.

Abschnitt III
Durchbeförderung
Artikel 5

- (1) Die Vertragsparteien gestatten die Durchreise oder die Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen durch ihr Hoheitsgebiet, wenn die andere Vertragspartei darum ersucht und die Weiterreise in mögliche Durchgangsstaaten und den Zielstaat sichergestellt ist.
- (2) Die Durchreise oder die Durchbeförderung können abgelehnt werden, wenn

- 1 die Person in einem weiteren Durchgangsstaat oder im Zielstaat wegen der Gründe, die in den Konventionen gemäß Artikel 10 Absatz 1 dieses Abkommens genannt sind, der Gefahr der Verfolgung ausgesetzt wäre oder die Person eine Strafverfolgung oder Strafvollstreckung zu erwarten hätte oder
 2. der Person im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei eine Strafverfolgung droht; der ersuchenden Vertragspartei ist davon vor der Durchbeförderung Kenntnis zu geben.
- (3) Bei der Durchbeförderung im Luftverkehr wird die ersuchende Vertragspartei vom Erfordernis der Einholung eines Transitvisums befreit.
- (4) Trotz erteilter Bewilligung können zur Durchbeförderung übernommene Personen an die andere Vertragspartei zurückgegeben werden, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen, oder wenn die Weiterreise oder die Übernahme durch den Zielstaat oder einen möglichen Durchgangsstaat nicht mehr gesichert ist.

Abschnitt IV
Datenschutz
Artikel 6

- (1) Soweit für die Durchführung dieses Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen:
1. die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, Beinamen oder Pseudonyme, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und frühere Staatsangehörigkeit),
 2. den Personalausweis oder das Reisedokument (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.),
 3. sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben,

- 4 die Aufenthaltsorte und die Reisewege,
- 5 sonstige Angaben auf Ersuchen einer Vertragspartei, die diese für die Prüfung der Übernahme Voraussetzungen nach diesem Abkommen benötigt.

(2) Soweit personenbezogene Daten im Rahmen dieses Abkommens übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften:

1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
4. Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
5. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

- 6 Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Abschnitt V

Kosten

Artikel 7

Alle mit der Rückführung zusammenhängenden Kosten bis zur Grenze der ersuchten Vertragspartei, ferner die Kosten der Durchbeförderung nach Artikel 5, werden von der ersuchenden Vertragspartei getragen. Das gleiche gilt für die Fälle der Rückübernahme nach Artikel 4 Absatz 5.

Abschnitt VI

Durchführungsmodalitäten

Artikel 8

Die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen weiteren Regelungen, insbesondere über

- a) die Art und Weise der gegenseitigen Verständigung;
- b) die Angaben, Unterlagen und Beweismittel, die zur Übernahme erforderlich sind;
- c) die für die Durchführung dieses Abkommens zuständigen Behörden;
- d) den Ersatz von Kosten nach Artikel 7;
- e) die Bedingungen für die Durchreise oder die Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen

werden von dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Innenministerium der Republik Lettland in einem Protokoll zur Durchführung dieses Abkommens vereinbart.

Abschnitt VII
Konsultationen
Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig bei der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens und des Protokolls zu dessen Durchführung. Eventuelle Streitfragen werden von beiden Vertragsparteien im Rahmen der Konsultationen unter der Leitung der jeweiligen Innenministerien geregelt.

(2) Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über die Rechtsvorschriften, die die Genehmigung von Einreise und Aufenthalt in den Hoheitsgebieten ihres Staates regeln sowie über alle bisher abgeschlossenen und geltenden Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten.

Abschnitt VIII
Schlußbestimmungen
Artikel 10

(1) Die Anwendung des Genfer Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge nebst dem New Yorker Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bleibt unberührt.

(2) Die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus völkerrechtlichen Übereinkünften bleiben unberührt.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Artikel 12

Dieses Abkommen kann in beiderseitigem Einvernehmen geändert oder ergänzt werden.

Artikel 13

Die Vertragsparteien unterrichten sich, soweit möglich, gegenseitig über die im Protokoll zu diesem Abkommen genannten Nachweis- und Glaubhaftmachungsmittel durch Übersendung von Mustern innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten des Abkommens.

Artikel 14

Die Registrierung dieses Abkommens beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlaßt. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der erteilten VN-Registrierungsnummer unterrichtet, sobald diese vom Generalsekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Artikel 15

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit im Wege der Notifikation suspendieren oder aus wichtigem Grund kündigen.

(2) Die Suspendierung dieses Abkommens tritt sieben Tage nach dem Zugang der Notifikation in Kraft. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf den Monat folgt, in dem die Notifikation der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Berlin am 16. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung der
Republik Lettland



Protokoll
zwischen
dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland .
und
dem Innenministerium der Republik Lettland
zur
Durchführung des Abkommens vom 16. Dezember 1998
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Lettland
über
die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Das Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland
und
das Innenministerium der Republik Lettland -

auf der Grundlage von Artikel 8 des Abkommens vom 16. Dezember 1998 zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik
Lettland über die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahme-
abkommen) -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Der Nachweis der Staatsangehörigkeit oder der früheren Staatsangehörigkeit
kann geführt werden

a) für deutsche Staatsangehörige durch

- Staatsangehörigkeitsurkunden;
- Nationalpässe, Sammelpässe, Diplomatenpässe, Dienstpässe einschließlich
Ministerialpässe, Paßersatzpapiere;
- Personalausweise (auch vorläufige);
- Wehrpässe und Militärausweise;
- Kinderausweise als Paßersatz;
- amtlich ausgestellte Dokumente;
- Seefahrtsbücher und Schifferausweise.

- Behördenauskünfte mit eindeutigen Aussagen

b) für lettische Staatsangehörige durch

- Nationalpässe, Diplomatenpässe;

- Heimreisedokumente;

- Militärausweise;

- Seefahrtsbücher mit Angabe der Staatsangehörigkeit;

- Beamtenausweise.

(2) Der Nachweis des Wohnsitzes nach Artikel 3 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens kann durch behördliche Bescheinigungen der ersuchten Vertragspartei oder amtliche Dokumente eines Drittstaats geführt werden.

(3) Bei der Vorlage der in den Absätzen 1 und 2 genannten gültigen Nachweise wird die Staatsangehörigkeit oder der Wohnsitz verbindlich anerkannt, ohne daß es einer weiteren Überprüfung bedarf.

(4) Die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit kann insbesondere erfolgen

a) für deutsche Staatsangehörige durch

- Kopien der unter Absatz 1 genannten Nachweismittel;

- Führerscheine;

- Geburtsurkunden;

- Firmenausweise;

- Kopien der genannten Dokumente;

- Zeugenaussagen über die Staatsangehörigkeit;

- eigene Angaben des Betroffenen;
 - die Sprache des Betroffenen.
- b) für lettische Staatsangehörige durch
- Kopien der unter Absatz 1 genannten Nachweismittel;
 - Führerscheine;
 - Geburtsurkunden;
 - Firmenausweise;
 - Kopien der genannten Dokumente;
 - Zeugenaussagen über die Staatsangehörigkeit;
 - eigene Angaben des Betroffenen;
 - die Sprache des Betroffenen

sowie andere Dokumente, die bei der Feststellung der Staatsangehörigkeit behilflich sein könnten.

(5) Die Glaubhaftmachung nach Artikel 3 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens kann insbesondere durch Dokumente, Bescheinigungen und Belege erfolgen, die auf den Wohnsitz im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei hindeuten.

(6) Für den Fall der Glaubhaftmachung gilt die Staatsangehörigkeit oder der Wohnsitz unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

(7) Die in den Absätzen 1 und 2 sowie 4 und 5 aufgeführten Dokumente genügen auch dann als Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes, wenn sie durch Zeitablauf ungültig geworden sind.

Artikel 2

Das Übernahmersuchen kann von der ersuchenden Vertragspartei

1. bei der zuständigen Auslandsvertretung, wenn zum Zwecke der Rückführung um die Ausstellung eines Reisedokuments als Paßersatz zur Rückkehr ersucht wird,
2. im übrigen bei den in Artikel 6 Buchstabe b) genannten zuständigen Behörden der ersuchten Vertragspartei gestellt werden.

Artikel 3

(1) Die zuständige Auslandsvertretung der ersuchten Vertragspartei stellt der Person, deren Übernahme die ersuchte Vertragspartei zugestimmt hat, erforderlichenfalls unverzüglich ein Reisedokument als Paßersatz zur Rückkehr aus, das auch von möglichen Transitstaaten anerkannt wird; einer zusätzlichen Zustimmung zur Übergabe bedarf es in diesem Falle nicht.

(2) Das Übernahmersuchen nach Artikel 2 muß entsprechend den vorhandenen Unterlagen beziehungsweise den Angaben der zu übernehmenden Personen folgende Angaben enthalten:

- die Personalien der zu übernehmenden Personen (Vornamen, Namen, Geburtsdatum und -ort sowie letzter Wohnort im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei);
- Bezeichnung der Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel für die Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei;
- Hinweise auf eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis.

sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen.

(3) Ersucht bei Ausstellung des Reisedokuments die Auslandsvertretung um kontrollierte Rückführung, ist die Überstellung mindestens zwei Werktage vorher den in Artikel 6 Buchstabe b) genannten zuständigen Behörden anzukündigen.

Artikel 4

(1) Dieser Artikel bezieht sich auf Personen, die weder die deutsche noch die lettische Staatsangehörigkeit besitzen (Drittstaatsangehörige und Staatenlose).

(2) Der Antrag auf Übernahme muß Angaben über die Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel für die rechtswidrige Einreise oder den rechtswidrigen Aufenthalt und, soweit möglich, die folgenden Angaben enthalten:

- die Personalien der zu übergebenden Person (Vornamen, Namen, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, letzter Wohnort im Herkunftsstaat);
- Art, Nummer und Ausstellungsort der Personaldokumente der zu übergebenden Person;
- Ort und Art der rechtswidrigen Einreise;
- Angaben zum rechtswidrigen Aufenthalt;
- Angaben zum Besitz eines von der ersuchten Vertragspartei ausgestellten gültigen Visums oder eines anderen Aufenthaltstitels;
- eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis;
- etwaige sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen;

- Sprachkenntnisse der zu übergebenden Person, insbesondere Notwendigkeit der Hinzuziehung eines Dolmetschers für die Verständigung mit der zu übergebenden Person.

(3) Die Einreise in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates und der Aufenthalt im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates und die Rechtswidrigkeit dieser Einreise und dieses Aufenthalts sowie der Besitz eines von dem ersuchten Staat ausgestellten gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels gemäß Artikel 3 des Rückübernahmeabkommens müssen nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden.

1 Einreise und Aufenthalt im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates sowie der Besitz eines von dem ersuchten Staat ausgestellten gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels werden

a) nachgewiesen durch

- Aus- und Einreisestempel der Behörden der ersuchten Vertragspartei in Reisedokumenten;
- Vermerke von Behörden der ersuchten Vertragspartei in Reisedokumenten;
- Flugtickets, Bescheinigungen oder Rechnungen, die eindeutig den Aufenthalt der Person auf dem Gebiet des ersuchten Staates beweisen.

Ein in dieser Weise erfolgter Nachweis wird unter den Vertragsparteien verbindlich anerkannt, ohne daß weitere Erhebungen durchgeführt werden.

b) glaubhaft gemacht durch

- Eisenbahnfahrkarten, Flug- oder Schiffspassagen, die den Reiseweg auf dem Gebiet des ersuchten Staates belegen;
- Ort und Umstände, unter denen der Ausländer nach der Einreise aufgegriffen wurde;

- Aussagen von Angehörigen der Grenzbehörden, die den Grenzübertritt bezeugen können;
- Zeugenaussagen.

Eine in dieser Weise erfolgte Glaubhaftmachung gilt unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

2. Die Rechtswidrigkeit der Einreise oder des Aufenthalts wird nachgewiesen durch die Grenzübertrittspapiere der Person, in denen das erforderliche Visum oder eine sonstige Aufenthaltsgenehmigung für das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates fehlt. Für die Glaubhaftmachung der Rechtswidrigkeit der Einreise oder des Aufenthalts genügt die Angabe der ersuchenden Vertragspartei, daß die Person nach ihren Feststellungen die erforderlichen Grenzübertrittspapiere oder das erforderliche Visum oder eine sonstige Aufenthaltsgenehmigung nicht besitzt.

(4) Die Übergabe erfolgt an dem zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbarten Grenzübergang zu dem vereinbarten Zeitpunkt.

(5) Bei begleiteten Rückführungen ist das aus Anlage 1 ersichtliche Protokoll zu übergeben.

Artikel 5

(1) Der Antrag auf Durchbeförderung nach Artikel 5 des Rückübernahmeabkommens ist schriftlich zu stellen. Der Antrag muß, soweit möglich, die persönlichen Daten des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen (Vornamen, Namen, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Art und Nummer des Reisedokuments) und stets die Erklärung enthalten, daß die Voraussetzungen gemäß Artikel 5 Absatz 1 des Rückübernahmeabkommens erfüllt sind und daß keine Gründe für die Ablehnung gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens bekannt sind. Ferner müssen der vorgesehene Grenzübergang, der vorgesehene Zeitpunkt der Übergabe und gegebenenfalls der Umstand, daß eine besondere gesundheitliche Pflege sichergestellt werden muß, angegeben werden.

(2) Die ersuchte Vertragspartei benachrichtigt unverzüglich schriftlich die ersuchende Vertragspartei über die Übernahme mit Angabe des Grenzübergangs und des vorgesehenen Zeitpunkts der Übernahme oder über die Ablehnung der Übernahme und die Gründe der Ablehnung.

(3) Die Durchbeförderung einer Person über das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei bedarf der Genehmigung; dazu ist der als Anlage 2 beigefügte Vordruck zu verwenden. Im Falle der Übergabe der Person an die ersuchte Vertragspartei ist der als Anlage 1 beigefügte Vordruck zu übergeben.

(4) Die Durchbeförderung und ihre etwaige erforderliche amtliche Begleitung erfolgt auf dem Land-, See- oder Luftweg bis zur Grenze des ersuchten Staates durch Begleiter der ersuchenden Vertragspartei.

Für die weitere Begleitung der Personen bis zum Zielstaat ist zuständig

- auf dem Landweg die ersuchte Vertragspartei und
- auf dem Luftweg die ersuchende Vertragspartei; die ersuchte Vertragspartei kann die Übernahme der amtlichen Begleitung auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei übernehmen.

(5) Für die Vereinbarung über die anfallenden Kosten und deren Verrechnung ist auf deutscher Seite die Grenzschutzdirektion und auf lettischer Seite das Innenministerium zuständig.

Artikel 6

Zuständige Behörden:

a) hinsichtlich der Beantragung von Pässen und Heimreisedokumenten, die von den Auslandsvertretungen ausgestellt werden:

- seitens der Bundesrepublik Deutschland:
 - die mit der Ausführung des Ausländerrechts betrauten Behörden der Bundesländer (Ausländerbehörden, Regierungspräsidien, Innenminister/-senatoren der Länder) oder
 - Grenzschutzdirektion;
- seitens der Republik Lettland:

Verwaltung der Immigrationspolizei

b) für die Beantragung und die Bearbeitung von Übernahmearsuchen:

- seitens der Bundesrepublik Deutschland:

Grenzschutzdirektion

Postanschrift: Roonstraße 13
D-56068 Koblenz

Telefon: 0049 261 399-0
FAX: 0049 261 399218;

- seitens der Republik Lettland:

Verwaltung der Immigrationspolizei

Postanschrift: Raina bulvaris 5
Riga, LV-1533

Telefon: 00371/721 91 76
00371/721 97 50

FAX: 00371/721 93 01

- c) für im direkten Luft- oder Seeverkehr bestehende Passagen;

- die für den jeweiligen Grenzübergang zuständige Grenzbehörde, längstens bis zu vier Tagen nach erfolgter Ausreise aus dem Vertragsstaat.

- d) für Durchbeförderungsanträge:

- seitens der Bundesrepublik Deutschland:

Grenzschutzdirektion

Postanschrift: Roonstraße 13
D-56068 Koblenz

Telefon: 0049 261 399-0
FAX: 0049 261 399218;

- seitens der Republik Lettland:

Verwaltung der Immigrationspolizei

Postanschrift: Raina bulvaris 5
Riga, LV-1533

Telefon: 00371/721 91 76
00371/721 97 50

FAX: 00371/721 93 01

Artikel 7

Die eventuellen Streitigkeiten bei der Durchführung dieses Protokolls werden im Verfahren nach Artikel 9 des Rückübernahmeabkommens geregelt.

Artikel 8

- (1) Dieses Protokoll tritt gleichzeitig mit dem Rückübernahmeabkommen in Kraft.
- (2) Dieses Protokoll gilt für dieselbe Dauer wie das Rückübernahmeabkommen.

Geschehen zu Berlin am 16. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium des Innern der
Bundesrepublik Deutschland



Für das Innenministerium der
Republik Lettland



Anlage 1
zum
Protokoll
zwischen
dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland
und
dem Innenministerium der Republik Lettland
zur
Durchführung des Abkommens vom 16. Dezember 1998
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Lettland
über
die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Protokoll über Rückführungen und Durchbeförderungen
von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen

(Behörde)

(Ort, Datum)

1. Vorname und Name _____
Datum und Ort der Geburt _____
Wohnort im Herkunftsland (soweit bekannt) _____
Staatsangehörigkeit _____
Identität wurde festgestellt auf der Grundlage von: _____

2. Minderjährige bis 18 Jahre: _____

3. Gründe für das Ersuchen: _____

4. Nachweise oder Glaubhaftmachungsmittel der rechtswidrigen Einreise oder
des rechtswidrigen Aufenthalts: _____

5. Anlagen
a) _____
b) _____
c) _____
6. Im Zusammenhang mit der Übergabe der Person zu übergebenden Gegen-
stände, Dokumente und Geld _____

7. Die Übergabe der Person ist wie folgt vorgesehen (Datum/Flug): _____

8. Der Übernahme wird zugestimmt
Der Übernahme wird nicht zugestimmt

9. Gründe der Ablehnung: _____

Unterschrift

Ort, Datum

10. Die Übergabe/Übernahme der Personen und die Übernahme der zu übergebenden Gegenstände, Dokumente oder Geld gemäß Nr. 6 wird hiermit bestätigt (nur bei begleiteten Rückführungen)

11. Bemerkungen: _____

Ort, Datum

Unterschrift

Unterschrift

Anlage 2
zum
Protokoll
zwischen
dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland
und
dem Innenministerium der Republik Lettland
zur
Durchführung des Abkommens vom 16. Dezember 1998
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Lettland
über
die Rückübergabe/Rückübernahme von Personen (Rückübernahmeabkommen)

Durchbeförderung

Dienststelle: _____ Telefon: _____
Sachbearbeiter/Unterschrift _____ Telefax: _____

Empfänger _____

1. Name Vorname Nationalität _____

Geburtsort/Geburtsdatum _____

Personaldokument _____

Begleitung ja nein Anzahl: _____

Routing, von/über/nach _____ Datum: _____

Transitflughafen/Flug-Nr.: an h: _____ ab h/Flug-Nr.: _____

2. Um Übernahme der Durchbeförderung durch Begleiter ab
..... wird gebeten ja nein

3.a) Der Durchbeförderung wird zugestimmt ja nein

b) Der Übernahme der Begleitung ab
wird zugestimmt ja nein

Unterschrift _____ Datum _____

[LATVIAN TEXT — TEXTE LETTON]

Vācijas Federatīvās Republikas Valdības

un

Latvijas Republikas Valdības

Līgums

par

personu atpakaļ nodošanu / atpakaļ uzņemšanu (Atpakaļ uzņemšanas līgums)

Vācijas Federatīvās Republikas Valdība
un
Latvijas Republikas Valdība,

balstoties uz draudzīgajām attiecībām starp abām valstīm un to tautām,

vēlēdamās eiropisko centienu garā stāties pretī nelegālajai ieceļošanai,

vadoties no centieniem saskaņā ar vispārējiem starptautisko tiesību normām un
sadarbības gaisotnē atvieglot otras Līgumslēdzējas Puses teritorijā nelegāli
uzturošos personu atpakaļuzņemšanu un personu tranzītu,

ir vienojušās par sekojošo:

I nodaļa
Līgumslēdzēju Pušu valstu pilsoņu atpakaļuzņemšana
1. pants

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse pēc otras Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma bez
sevišķām formalitātēm uzņem personas, kas neizpilda vai ir pārstājušas izpildīt
Līgumslēdzējas Puses, kas pieprasa personas atpakaļuzņemšanu, valsts teritorijā
spēkā esošos noteikumus attiecībā uz ieceļošanu vai uzturēšanos, ja ir pierādīts
vai ir pietiekams pamats uzskatīt, ka tām ir pirmās Līgumslēdzējas Puses valsts
pilsonība. Šis noteikums attiecas arī uz personām, kas uzturēšanās laikā otras
Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā ir zaudējušas savas valsts pilsonību,
neiegūstot citas valsts pilsonību vai vismaz garantiju otras Līgumslēdzējas Puses
valsts pilsonības saņemšanai.

(2) Šī panta pirmā daļa atbilstoši tiek piemērota attiecībā uz personām, kas
Līgumslēdzējas Puses, kas pieprasa personas atpakaļuzņemšanu, valsts teritorijā
ieceļojušas ar derīgu otras Līgumslēdzējas Puses valsts pilsoņa pasi.

(3) Līgumslēdzēja Puse, kas pieprasījusi personas atpakaļuzņemšanu, uz tādiem
pašiem noteikumiem uzņem šo personu atpakaļ, ja vēlākas pārbaudes rezultātā
sešu mēnešu laikā noskaidrojas, ka izceļošanas brīdī no šīs Līgumslēdzējas
Puses valsts teritorijas persona neatbilda šī panta pirmās un otrās daļas
noteikumiem.

2. pants

(1) Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personu atpakaluzņemšana, kompetentās institūcijas uz atpakaluzņemšanas pieprasījumiem atbild bez kavēšanās, bet ne vēlāk kā 14 dienu laikā.

(2) Pēc piekrišanas personas atpakaluzņemšanai Līgumslēdzēju Pušu kompetentās institūcijas iepriekš rakstiski vienojas par personas nodošanas termiņu.

(3) Personas nodošana notiek bez kavēšanās, parasti vienas nedēļas laikā pēc šī panta pirmajā daļā minētā termiņa notecēšanas, bet izņēmuma gadījumos – ne vēlāk kā viena mēneša laikā.

(4) Ja Līgumslēdzēja Puse, kas pieprasījusi personas atpakaluzņemšanu, nespēj ievērot personas nodošanas termiņu, tā nekavējoties par to informē otru Līgumslēdzēju Pusi. Tā jauno personas nodošanas termiņu paziņo vismaz vienu nedēļu iepriekš, atsaucoties uz iepriekšējo atpakaluzņemšanas pieprasījumu.

II nodaļa

Trešo valstu pilsoņu / pavalstnieku un bezvalstnieku atpakaluzņemšana
prettiesiskas ieceļošanas un prettiesiskas uzturēšanās gadījumā

3. pants

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse pēc otras Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma uzņem personas, kam nav Līgumslēdzēju Pušu pilsonības (trešo valstu pilsoņus / pavalstniekus vai bezvalstniekus), ja tās neizpilda Līgumslēdzējas Puses, kas pieprasa personas atpakaluzņemšanu, valsts teritorijā spēkā esošos noteikumus attiecībā uz ieceļošanu un uzturēšanos un ja ir pierādīts vai ir pietiekams pamats uzskatīt, ka:

1. tās Līgumslēdzējas Puses, kas pieprasa personas atpakaluzņemšanu, valsts teritorijā, izmantojot gaisa vai jūras ceļu, prettiesiski ieceļojušas tieši no otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijas, vai šāda ieceļošana notikusi, izmantojot viltotus dokumentus vai
2. tām ir derīga otras Līgumslēdzējas Puses izsniegta uzturēšanās atļauja, vai

3. tām ir derīga otras Līgumslēdzēja Puses izsniegta vīza. Minētais neattiecas uz tranzītvīzu, ko Līgumslēdzēja Puse, kam pieprasīta personu atpakaļuzņemšana, izsniegusi, pamatojoties uz derīgu otras Līgumslēdzēja Puses vīzu vai uzturēšanās atļauju, lai nodrošinātu to tiešu ieceļošanu Līgumslēdzēja Puses, kas pieprasa personu atpakaļuzņemšanu, valsts teritorijā, pie kam Līgumslēdzēja Puse, kas pieprasa personu atpakaļuzņemšanu, pirmām kārtām cenšas tās izraidīt uz izcelsmes valsti.

(2) Šī panta pirmās daļas noteikumi atbilstoši tiek piemēroti attiecībā uz personām, kuru pēdējā dzīvesvieta bijusi tās Līgumslēdzēja Puses valsts teritorijā, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana.

4. pants

(1) Atpakaļuzņemšanas pieprasījums iesniedzams 12 mēnešu laikā pēc tam, kad kompetentās institūcijas uzzinājušas par trešās valsts pilsoņa / pavalstnieka vai bezvalstnieka prettiesisko ieceļošanu vai prettiesisko uzturēšanos.

(2) Līgumslēdzēja Puse, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, uz atpakaļuzņemšanas pieprasījumiem atbild bez kavēšanās, bet ne vēlāk kā 14 dienu laikā.

(3) Trešās valsts pilsoņa / pavalstnieka vai bezvalstnieka kontrolēta atpakaļuzņemšana notiek bez kavēšanās, bet ne vēlāk kā trīs mēnešu laikā pēc tam, kad Līgumslēdzēja Puse, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, tai piekritusi. Šis termiņš tiek pagarināts pēc tās Līgumslēdzēja Puses, kas pieprasījusi personas atpakaļuzņemšanu, lūguma vienīgi gadījumā, ja pastāv tiesiski vai praktiski šķēršļi personas uzņemšanai, un tikai uz šo šķēršļu pastāvēšanas laiku.

(4) Līgumslēdzēju Pušu kompetentās institūcijas iepriekš rakstiski saskaņo paredzētos personu nodošanas termiņus.

(5) Līgumslēdzēja Puse, kas pieprasījusi personas atpakaļuzņemšanu, bez sevišķām formalitātēm uzņem atpakaļ trešās valsts pilsoni / pavalstnieku vai bezvalstnieku, ja Līgumslēdzēja Puse, kam tikusi pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, trīsdesmit dienu laikā pēc tās uzņemšanas konstatē, ka nav pastāvējuši šī Līguma 3. pantā paredzētie priekšnoteikumi.

III nodaļa
Tranzīts
5. pants

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse pēc otras Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma atļauj trešo valstu pilsoņu / pavalstnieku vai bezvalstnieku tranzītu vai eskortēšanu cauri savai teritorijai, ja tiek nodrošināta viņu ieceļošana turpmākās tranzīta valstīs un mērķa valstī.

(2) Tranzīts vai eskortēšana var tikt atteikta, ja

1. persona turpmākā tranzīta valstī vai mērķa valstī var tikt pakļauta vajāšanas briesmām vai tai draud kriminālvajāšana vai kriminālsoda izpilde tādu iemeslu dēļ, kas paredzēti šī Līguma 10. panta pirmajā daļā minētajās konvencijās, vai
2. personai Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīts personas tranzīts, valsts teritorijā draud kriminālvajāšana; šādi apstākļi pirms tranzīta uzsākšanas jādara zināmi Līgumslēdzējai Pusei, kas pieprasījusi personas tranzītu.

(3) Ja eskortēšana tiek veikta, izmantojot gaisa satiksmi, Līgumslēdzēja Puse, kas pieprasījusi personas tranzītu, ir atbrīvota no pienākuma sagādāt tranzītvīzu.

(4) Neraugoties uz sniegtu atļauju tranzītam, eskortēšanai pieņemtās personas var tikt nodotas atpakaļ otrai Līgumslēdzējai Pusei, ja vēlāk iestājas vai tiek atklāti šī panta otrajā daļā minētie apstākļi, kas neļauj īstenot tranzītu, vai ja vairs netiek nodrošināta ceļojuma turpināšana vai personas uzņemšana mērķa valstī vai iespējamā tranzīta valstī.

IV nodaļa
Datu aizsardzība
6. pants

(1) Ciktāl, īstenojot šo Līgumu, nepieciešams nodot datus, kas attiecas uz personām, šie dati var skart vienīgi:

1. ziņas par nododamo personu un, ja ir, – par tās radiniekiem (uzvārds, vārds, ja bijis, – iepriekšējais uzvārds, pavārdi vai pseidonīmi, dzimšanas

datums un vieta, dzimums, pašreizējā un iepriekšējā pilsonība /
pavalstniecība),

2. personas apliecību vai ceļošanas dokumentu (numurs, derīguma termiņš, izdošanas datums, izdevējietāde, izdošanas vieta utt.),
3. citas nododamās personas identifikācijai nepieciešamās ziņas,
4. uzturēšanās vietas un ceļojuma maršrutu,
5. citas ziņas pēc Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma, kas tai nepieciešamas, lai pārbaudītu atpakaļuzņemšanas priekšnosacījumus saskaņā ar šo Līgumu.

(2) Ciktāl, Istenojot šo Līgumu, tiek nodoti dati, kas attiecas uz personām, jāvadās pēc šādiem noteikumiem, ievērojot Līgumslēdzējām Pusēm saistošos nacionālos tiesību aktus:

1. Datu izmantošana tos saņēmušajā institūcijā ir pieļaujama vienīgi dotajam mērķim, ievērojot tās institūcijas norādījumus, kas nodevusi šos datus.
2. Datu saņēmēja institūcija pēc tās institūcijas, kas nodevusi datus, pieprasījuma informē par šo datu izmantošanu un tādējādi sasniegto rezultātu.
3. Ar personām saistītie dati drīkst tikt nodoti vienīgi kompetentajām institūcijām. Datu tālāka nodošana citām institūcijām ir pieļaujama vienīgi ar tās institūcijas iepriekšēju piekrišanu, kas nodevusi šos datus.
4. Kompetentajai institūcijai, kas nodod ar personām saistītos datus, ir pienākums rūpēties par to, lai tie būtu pareizi, kā arī par to, lai lai to saturs un apjoms atbilstu mērķim, ar kādu tie tiek nodoti. Nododot datus, jāievēro attiecīgajos nacionālajos tiesību aktos noteiktie ierobežojumi. Ja atklājas, ka ir tikuši nodoti dati, kas nav pareizi vai ko nav bijis pieļaujams nodot, par to nekavējoties informējama kompetentā Institūcija, kas tos saņēmusi. Tai ir pienākums šos datus izlabot vai iznīcināt.
5. Gan kompetentajai institūcijai, kas nodod, gan kompetentajai institūcijai, kas saņem ar personām saistītos datus, ir pienākums dokumentēt to nodošanu un saņemšanu.

6. Gan kompetentajai institūcijai, kas nodod, gan kompetentajai institūcijai, kas saņem ar personām saistītos datus, ir pienākums tos efektīvi nodrošināt pret nesankcionētu pieeju, nesankcionētām izmaiņām un nesankcionētu atklāšanu.

V nodaļa
Izmaksas
7. pants

Visas izmaksas, kas saistītas ar personu atpakaļnosūtīšanu līdz otras Līgumslēdzēja Puses valsts robežai, kā arī tranzīta izmaksas saskaņā ar šī Līguma 5. pantu sedz Līgumslēdzēja Puse, kas pieprasījusi personas atpakaļuzņemšanu. Šis noteikums attiecas arī uz atpakaļuzņemšanas gadījumiem saskaņā ar šī Līguma 4. panta piekto daļu.

VI nodaļa
Līguma īstenošana
8. pants

Vācijas Federatīvās Republikas Federālā iekšlietu ministrija un Latvijas Republikas Iekšlietu ministrija noslēdz Protokolu par šī Līguma īstenošanas kārtību, kurā tiek paredzēti pārējie šī Līguma īstenošanai nepieciešamie noteikumi, it īpaši:

- a) savstarpējās sazināšanās veids un kārtība,
- b) personu uzņemšanai nepieciešamās ziņas, dokumenti un pierādījumi,
- c) par šī Līguma īstenošanu atbildīgās kompetentās institūcijas,
- d) izdevumu atbildzināšanas kārtība saskaņā ar šī Līguma 7. pantu,
- e) trešo valstu pilsoņu / pavalstnieku un bezvalstnieku tranzīta vai eskortēšanas noteikumi.

VII nodaļa
Konsultācijas
9. pants

(1) Līgumslēdzējas Puses sniedz viena otrai atbalstu, piemērojot un iztulkojot šo Līgumu un Protokolu par šī Līguma īstenošanas kārtību. Iespējamie strīdus jautājumi tiek risināti abu Līgumslēdzēju Pušu konsultācijās attiecīgo iekšlietu ministriju vadībā.

(2) Līgumslēdzējas Puses viena otru informē par tiesību normām, kas reglamentē ieceļošanas un uzturēšanās kārtību to valstu teritorijā, kā arī par visiem līdz šim noslēgtajiem un spēkā esošajiem atpakaļuzņemšanas līgumiem ar trešajām valstīm.

VIII nodaļa
Noslēguma noteikumi
10. pants

(1) Šī Līguma noteikumi neiespaido 1951. gada 28. jūlija Ženēvas Konvencijas par bēgļa statusu 1967. gada 31. janvāra Ņujorkas Protokola par bēgļa statusu redakcijā piemērošanu.

(2) Šī Līguma noteikumi neiespaido Līgumslēdzēju Pušu pienākumus, kas izriet no citiem starptautiskajiem līgumiem.

11. pants

(1) Šis Līgums tiek noslēgts uz nenoteiktu laiku.

(2) Šis Līgums stājas spēkā otrā mēneša, kas seko mēnesim, kad tas parakstīts, pirmajā dienā.

12. pants

Šis Līgums var tikt grozīts vai papildināts, apbusēji vienojoties.

13. pants

Līgumslēdzēja Puses iespēju robežās 30 dienu laikā pēc šī Līguma spēkā stāšanās viena otru informē par Protokolā par šī Līguma īstenošanas kārtību paredzētajiem pierādījumiem un apstākļiem, kas dod pietiekamu pamatu uzskatīt, ka pastāv atpakaļuzņemšanas pienākums, nosūtot attiecīgo dokumentu paraugus.

14. pants

Vācijas Federatīvās Republikas Valdība nekavējoties pēc šī Līguma spēkā stāšanās saskaņā ar Apvienoto Nāciju Organizācijas Hartas 102. pantu veic tā reģistrāciju Apvienoto Nāciju Organizācijas Ģenerālsekretariātā. Otra Līgumslēdzēja Puse par to tiek informēta, atsaucoties uz ANO reģistrācijas numuru, tiklīdz tas ticis apstiprināts Apvienoto Nāciju Organizācijas Ģenerālsekretariātā.

15. pants

(1) Katrai Līgumslēdzējai Pusei, par to iepriekš paziņojot, ir tiesības, pamatojoties uz sabiedriskās drošības, kārtības vai veselības aizsardzības apsvērumiem, apturēt šī Līguma piemērošanu vai svarīgu iemeslu dēļ to denonsēt.

(2) Līguma piemērošanas apturēšana stājas spēkā septiņas dienas pēc tam, kad otra Līgumslēdzēja Puse saņēmusi paziņojumu par to. Līguma denonsācija stājas spēkā nākošā mēneša pirmajā dienā, kas seko mēnesim, kurā otra Līgumslēdzēja Puse saņēmusi paziņojumu par to.

Parakstīts Berlīnē, 1998. gada 16. decembrī divos eksemplāros vācu un latviešu valodā, pie kam abi teksti ir vienlīdz saistoši.

Vācijas Federatīvās Republikas
Valdības vārdā



Latvijas Republikas
Valdības vārdā



Vācijas Federatīvās Republikas Federālās iekšlietu ministrijas

un

Latvijas Republikas iekšlietu ministrijas

Protokols

par

Vācijas Federatīvās Republikas Valdības

un

Latvijas Republikas Valdības

1998. gada 16. decembra Līguma

par

personu atpakaļnodošanu / atpakaļuzņemšanu (Atpakaļuzņemšanas līguma)

Istenošanas kārtību

Vācijas Federatīvās Republikas Federālā iekšlietu ministrija
un
Latvijas Republikas iekšlietu ministrija,

pamatojoties uz Vācijas Federatīvās Republikas Valdības un Latvijas Republikas Valdības 1998. gada 16. decembra Līguma par personu atpakaļ nodošanu / atpakaļ uzņemšanu (Atpakaļ uzņemšanas līguma) 8. pantu,

ir vienojušās par sekojošo:

1. pants

(1) Personas pašreizējā vai bijusī pilsonība var tikt pierādīta:

a) Vācijas pilsonība:

- ar pilsonības apliecībām,
- ar pilsoņu pasēm, grupas pasēm, diplomātiskajām pasēm, dienesta pasēm, ieskaitot ministriālpases, pagaidu pasēm,
- ar personas apliecībām (arī pagaidu),
- ar karaklausības apliecībām un militārā dienesta apliecībām,
- ar bērnu apliecībām, kas aizvieto pasi,
- ar oficiālu iestāžu izsniegtiem dokumentiem,
- ar jūrnieku grāmatiņām un jūrnieku apliecībām,
- ar iestāžu izziņām, kas satur viennozīmīgus izteikumus;

b) Latvijas pilsonība:

- ar pilsoņu pasēm, diplomātiskajām pasēm,
- ar atgriešanās apliecībām,
- ar militārā dienesta apliecībām,
- ar jūmieku grāmatiņām, kurās ir pilsonības norāde,
- ar ierēdņu dienesta apliecībām.

(2) Personas dzīvesvieta saskaņā ar Atpakaļuzņemšanas līguma 3. panta otro daļu var tikt pierādīta ar Līgumslēdzējās Puses, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, iestāžu izziņām vai trešo valstu izdotiem oficiāliem dokumentiem.

(3) Ja tiek sniegti šī panta pirmajā un otrajā daļā minētie pierādījumi, pilsonība vai dzīvesvieta tiek saistoši atzīta bez papildus pārbaudes.

(4) Pietiekams pamats uzskatīt, ka personai ir attiecīgās valsts pilsonība, tiek pieņemts, pamatojoties uz šādiem dokumentiem un faktiem:

a) Vācijas pilsonība:

- šī panta pirmajā daļā minēto dokumentu kopijām,
- autovadītāju apliecībām,
- dzimšanas apliecībām,
- uzņēmumu darbinieku apliecībām,
- minēto dokumentu kopijām,

- liecinieku liecībām par personas pilsonību,
- personas pašas liecībām,
- valodu, kādā runā persona;

b) Latvijas pilsonība:

- šī panta pirmajā daļā minēto dokumentu kopijām,
- autovadītāju apliecībām,
- dzimšanas apliecībām,
- uzņēmumu darbinieku apliecībām,
- minēto dokumentu kopijām,
- liecinieku liecībām par personas pilsonību,
- personas pašas liecībām,
- valodu, kādā runā persona;

kā arī citiem dokumentiem, kas var būt noderīgi, konstatējot pilsonību.

(5) Pietiekams pamats uzskatīt, ka personai saskaņā ar Atpakaļuzņemšanas līguma 3. panta otro daļu ir bijusi dzīvesvieta attiecīgās valsts teritorijā, tiek pieņemts, pamatojoties uz dokumentiem, izziņām un pierādījumiem, kas norāda uz personas dzīvesvietu Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, valsts teritorijā.

(6) Gadījumos, kad to ir pietiekams pamats uzskatīt, personas pilsonība vai dzīvesvieta Līgumslēdzēju Pušu starpā uzskatāma par konstatētu, ciktāl

Līgumslēdzēja Puse, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, nav pierādījusi pretējo.

(7) Šī panta pirmajā un otrajā, kā arī ceturtajā un piektajā daļā minētie dokumenti dod pietiekamu pamatu uzskatīt, ka personai ir attiecīgās valsts pilsonība vai ka tās dzīvesvieta ir bijusi attiecīgās valsts teritorijā, arī tad, ja tie kļuvuši nederīgi termiņa notecēšanas dēļ.

2. pants

Līgumslēdzēja Puse, kas pieprasa personas atpakaļuzņemšanu, atpakaļuzņemšanas pieprasījumu var iesniegt otras Līgumslēdzējas Puses

1. diplomātiskajai vai konsulārajai pārstāvniecībai – ja personas atpakaļnodošanai tiek pieprasīts pasi aizvietojošs ceļošanas dokuments,
2. šī Protokola 6. panta "b" punktā minētajai kompetentajai institūcijai –pārējos gadījumos.

3. pants

(1) Līgumslēdzējas Puses; kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, diplomātiskā vai konsulārā pārstāvniecība personai, kuras atpakaļuzņemšanai šī Līgumslēdzēja Puse piekritusi, nepieciešamības gadījumā bez kavēšanās izsniedz pasi aizvietojošu ceļošanas dokumentu, ko atzīst arī iespējamās tranzīta valstīs; šādā gadījumā nav nepieciešama papildus piekrišana personas nodošanai.

(2) Atpakaļuzņemšanas pieprasījumam, kas tiek iesniegts saskaņā ar šī Protokola 2. punktu, atbilstoši Līgumslēdzējas Puses rīcībā esošajiem dokumentiem vai pašas personas sniegtajai informācijai jāsaturs šādas ziņas:

- atpakaļuzņemamās personas dati (vārds, uzvārds, dzimšanas datums un vieta, kā arī pēdējā dzīvesvieta Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, valsts teritorijā),
- dokumentu un faktu uzskaitījums, pamatojoties uz kuriem, ir pierādīts vai ir pietiekams pamats uzskatīt, ka personai ir Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, valsts pilsonība vai ka tās pēdējā dzīvesvieta bijusi šīs Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā,
- ar nododamās personas piekrišanu – norādes uz iespējamu nepieciešamību pēc īpašas palīdzības, kopšanas vai uzraudzības, kas saistīta ar slimību vai vecumu,
- citi atsevišķos personu nodošanas gadījumos nepieciešamie aizsardzības vai drošības pasākumi.

(3) Ja diplomātiskā vai konsulārā pārstāvniecība, izsniedzot ceļošanas dokumentu, pieprasa kontrolētu personas atpakaļnodošanu, tās termiņš vismaz divas darba dienas iepriekš jāpaziņo šī Protokola 6. panta "b" punktā minētajai kompetentajai institūcijai.

4. pants

(1) Šis pants attiecas uz personām, kam nav ne Vācijas, ne Latvijas pilsonības (trešo valstu pilsoņi / pavalstnieki un bezvalstnieki).

(2) Atpakaļuzņemšanas pieprasījumam jāsaturs norādes uz dokumentiem un faktiem, pamatojoties uz kuriem, ir pierādīts vai ir uzskatāms par pietiekami pamatotu personas prettiesiskās ieceļošanas vai uzturēšanās fakts, kā arī iespēju robežās šādas ziņas:

- nododamās personas dati (vārds, uzvārds, dzimšanas datums un vieta, pilsonība / pavalstniecība, pēdējā dzīvesvieta izcelsmes valstī),
- nododamās personas dokumentu veids, numurs un izsniegšanas vieta,
- prettiesiskās ieceļošanas vieta un veids,
- ziņas par prettiesisko uzturēšanos,
- ziņas par Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, izsniegtas vīzas vai uzturēšanās atļaujas esamību,
- ar nododamās personas piekrišanu – norādes uz iespējamu nepieciešamību pēc īpašas palīdzības, kopšanas vai uzraudzības, kas saistīta ar slimību vai vecumu,
- citi atsevišķos personu nodošanas gadījumos nepieciešamie aizsardzības vai drošības pasākumi,
- nododamās personas valodas zināšanas, it īpaši nepieciešamība pieaicināt tulku, lai saprastos ar nododamo personu.

(3) Saskaņā ar Atpakaļuzņemšanas līguma 3. pantu personas ieceļošana Līgumslēdzējas Puses, kas pieprasa personas atpakaļuzņemšanu, valsts teritorijā un tās uzturēšanās Līgumslēdzējas Puses, kas pieprasa personas atpakaļuzņemšanu, valsts teritorijā, un šīs ieceļošanas un šīs uzturēšanās prettiesiskums, kā arī Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, izsniegtas vīzas vai uzturēšanās atļaujas esamība ir jāpierāda vai tā jāuzskata par pietiekami pamatotu.

1. Personas iecejošana un uzturēšanās Līgumslēdzējas Puses, kas pieprasa tās atpakaluzņemšanu, valsts teritorijā, kā arī Līgumslēdzējas Puses, kam tiek pieprasīta personas atpakaluzņemšana, izsniegtas vīzas vai uzturēšanās atļaujas esamība:

a) tiek pierādīta ar:

- Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personas atpakaluzņemšana, institūciju izdarītām iecejošanas un izceļošanas robežšķērsošanas atzīmēm ceļošanas dokumentos,
- Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personas atpakaluzņemšana, institūciju izdarītām atzīmēm ceļošanas dokumentos,
- aviobijetēm, izziņām un rēķiniem, kas viennozīmīgi pierāda personas uzturēšanos Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personas atpakaluzņemšana, valsts teritorijā.

Šādi pierādījumi Līgumslēdzēju Pušu starpā tiek abpusēji saistoši atzīti bez papildus pārbaudes.

b) tiek uzskatīta par pietiekami pamatotu, pamatojoties uz:

- dzelzceļa bijetēm, lidmašīnu vai kuģu iekāpšanas kartēm, kas apliecina ceļojuma maršrutu Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīta personas atpakaluzņemšana, valsts teritorijā,
- vietu un apstākļiem, kādos ārvalstnieks ticis aizturēts pēc ieceļošanas,
- robežapsardzības institūciju līdzstrādnieku liecībām, kas var apliecināt robežšķērsošanas faktu,
- liecinieku liecībām.

Šādi pamatojumi Līgumslēdzēju Pušu starpā tiek atzīti par pietiekamiem, kamēr Līgumslēdzēja Puse, kam pieprasīta personas atpakaļuzņemšana, nav pierādījusi pretējo.

2. Ieceļošanas vai uzturēšanās prettiesiskums tiek pierādīts ar dokumentiem, ar ko persona šķērsojusi robežu un kuros nav Līgumslēdzējas Puses, kas pieprasa personas atpakaļuzņemšanu, valsts teritorijā nepieciešamās vīzas vai uzturēšanās atļaujas. Lai pamatoti uzskatītu, ka ieceļošana vai uzturēšanās ir prettiesiska, pietiek ar Līgumslēdzējas Puses, kas pieprasa personas atpakaļuzņemšanu, norādi, ka saskaņā ar tās konstatējumu personai nav robežas šķērsošanai nepieciešamo dokumentu vai nepieciešamās vīzas vai uzturēšanās atļaujas.

(4) Personas nodošana notiek Līgumslēdzēju Pušu kompetento institūciju starpā saskaņotā robežšķērsošanas vietā un laikā.

(5) Atpakaļnodošanas gadījumos, kad persona tiek eskortēta, nododams arī šī Protokola 1. pielikumā paredzētais protokols.

5. pants

(1) Tranzīta pieprasījums saskaņā ar Atpakaļuzņemšanas līguma 5. pantu iesniedzams rakstiski. Pieprasījumam iespēju robežās jāsaturs trešās valsts pilsoņa / pavalstnieka vai bezvalstnieka personas dati (vārds, uzvārds, dzimšanas datums un vieta, pilsonība / pavalstniecība, ceļošanas dokumenta veids un numurs) un vienmēr – paziņojums, ka ir izpildīti Atpakaļuzņemšanas līguma 5. panta pirmajā daļā paredzētie nosacījumi un ka nav zināmi apstākļi, kas dotu pamatu atteikt tranzītu saskaņā ar Atpakaļuzņemšanas līguma 5. panta otro daļu. Bez tam jānorāda paredzētā robežšķērsošanas vieta un personas nodošanas laiks, un nepieciešamības gadījumā apstākļi, ka nepieciešams nodrošināt īpašu medicīnisku kopšanu.

(2) Līgumslēdzēja Puse, kam pieprasīts personas tranzīts, otru Līgumslēdzēju Pusi bez kavēšanās rakstiski informē par personas uzņemšanu tranzītam, norādot robežšķērsošanas vietu un laiku, vai par uzņemšanas atteikumu un tā pamatojumu.

(3) Personas eskortēšanai cauri otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijai nepieciešama tās piekrišana; šādā nolūkā izmantojama šī Protokola 2. pielikumā paredzētā veidlapa. Gadījumā, ja persona tiek nodota Līgumslēdzējai Pusei, kam pieprasīts personas tranzīts, nododams šī Protokola 1. pielikumā paredzētais protokols.

(4) Personas tranzītu un tās iespējami nepieciešamo eskortēšanu pa zemes, jūras vai gaisa ceļu līdz Līgumslēdzējas Puses, kam pieprasīts personas tranzīts, valsts robežai, nodrošina Līgumslēdzēja Puse, kas pieprasījusi personas tranzītu.

Tālāko personu eskortēšanu līdz mērķa valstij nodrošina:

- pa zemes ceļu – Līgumslēdzēja Puse, kam pieprasīts personas tranzīts,
- pa gaisa ceļu – Līgumslēdzēja Puse, kas pieprasījusi personas tranzītu; Līgumslēdzēja Puse, kam pieprasīts personas tranzīts, var pēc otras Līgumslēdzējas Puses lūguma lūguma pārņemt eskortēšanu.

(5) Par radušos izdevumu saskaņošanu un savstarpējiem norēķiniem no Vācijas Puses ir atbildīga Robežsardzes direkcija un no Latvijas Puses – Iekšlietu ministrija.

6. pants

Kompetentās institūcijas ir:

a) attiecībā uz pasu un atgriešanās dokumentu pieprasīšanu no diplomātiskajām un konsulārajām pārstāvniecībām:

- no Vācijas Federatīvās Republikas Puses:

– federālo zemju institūcijas, kuru kompetencē ietilpst ārvalstnieku likumdošanas īstenošana (ārvalstnieku biroji, valdību prezidiji, zemju iekšlietu ministri / senatori) vai

-- Robežsardzes direkcija,

- no Latvijas Republikas Puses:

Imigrācijas policijas pārvalde;

b) attiecībā uz atpakaļuzņemšanas pieprasījumu iesniegšanu un apstrādi:

- no Vācijas Federatīvās Republikas Puses:

Robežsardzes direkcija

Adrese: Roonstraße 16
D-56068 Koblenz

Tālrunis: 00 49 / 261 / 399-0
Telefakss: 00 49 / 261 / 399 218,

- no Latvijas Republikas Puses:

Imigrācijas policijas pārvalde

Adrese: Raiņa bulvāris 5
Rīga, LV-1533

Tālrunis: 00 371 / 721 91 76

00 371 / 721 97 50

Telefakss: 00 371 / 721 93 01;

- c) attiecībā uz tiešajā gaisa vai jūras satiksmē pastāvošajām robežpārejām:

- par attiecīgo robežšķērsošanas vietu atbildīgā robežsardzības institūcija, ne ilgāk kā četras dienas pēc izceļošanas no Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijas;

- d) par personu tranzīta pieprasījumiem:

- no Vācijas Federatīvās Republikas Puses:

Robežsardzes direkcija

Adrese: Roonstraße 16
D-56068 Koblenz

Tālrunis: 00 49 / 261 / 399-0

Telefakss: 00 49 / 261 / 399 218;

- no Latvijas Republikas Puses:

Imigrācijas policijas pārvalde

Adrese: Raiņa bulvāris 5
Rīga, LV-1533

Tālrunis: 00 371 / 721 91 76
00 371 / 721 97 50

Telefakss: 00 371 / 721 93 01.

7. pants

Iespējamie strīdus jautājumi šī Protokola piemērošanā tiek risināti
Atpakaļuzņemšanas līguma 9. pantā paredzētajā kārtībā.

8. pants

- (1) Šis Protokols stājas spēkā vienlaicīgi ar Atpakaļuzņemšanas līgumu.
- (2) Šis Protokols ir spēkā tikpat ilgi, cik Atpakaļuzņemšanas līgums.

Parakstīts Berlīnē, 1998. gada 16. decembrī divos eksemplāros vācu un latviešu
valodā, pie kam abi teksti ir vienlīdz saistoši.

Vācijas Federatīvās Republikas
Federālās iekšlietu ministrijas vārdā



Latvijas Republikas
Iekšlietu ministrijas vārdā



1. pielikums
Vācijas Federatīvās Republikas Federālās iekšlietu ministrijas
un
Latvijas Republikas Iekšlietu ministrijas
Protokolam
par
Vācijas Federatīvās Republikas Valdības
un
Latvijas Republikas Valdības
1998. gada 16. decembra Līguma
par
personu atpakaļnodošanu / atpakaļuzņemšanu (Atpakaļuzņemšanas līguma)
īstenošanas kārtību

Trešo valstu pilsoņu / pavalstnieku un bezvalstnieku
atpakaļnodošanas un tranzīta protokols

(Iestāde)

(Vieta, datums)

1. Vārds un uzvārds _____
Dzimšanas datums un vieta _____
Dzīvesvieta izcelsmes valstī (ciktāl zināma) _____

Pilsonība / pavalstniecība _____
Personība konstatēta, pamatojoties uz: _____

2. Nepilngadīgie līdz 18 gadu vecumam: _____

3. Pieprasījuma pamatojums: _____

4. Pierādījumi vai dokumenti un fakti, kas pierāda vai dod pietiekamu
pamatu uzskatīt prettiesisku ieceļošanu vai prettiesisku
uzturēšanos: _____

5. Pielikumi: .
a) _____
b) _____
c) _____
6. Saistībā ar personas nodošanu nododamie priekšmeti, dokumenti
un nauda: _____

7. Personas nodošana paredzēta (datums / reiss): _____

8. Personas nodošanai saņemta piekrišana
Personas nodošana noraidīta
9. Noraidījuma pamatojums: _____

Paraksts

Vieta, datums

10. Personu nodošana / pieņemšana, kā arī saskaņā ar 6. punktu nododamo priekšmetu, dokumentu un naudas pieņemšana tiek apliecināta (tikai eskortētas atpakaļnodošanas gadījumā).

11. Piezīmes: _____

Vieta, datums

Paraksts

Paraksts

2. pielikums
Vācijas Federatīvās Republikas Federālās iekšlietu ministrijas
un
Latvijas Republikas Iekšlietu ministrijas
Protokolam
par
Vācijas Federatīvās Republikas Valdības
un
Latvijas Republikas Valdības
1998. gada 16. decembra Līguma
par
personu atpakaļnodošanu / atpakaļuzņemšanu (Atpakaļuzņemšanas līguma)
īstenošanas kārtību

Tranzīts

Iestāde: _____ Telefons: _____
Telefakss: _____

Amatpersona / Paraksts _____

Saņēmējs _____

1. Uzvārds Vārds Pilsonība / pavalstniecība

Dzimšanas vieta / dzimšanas datums _____
Personas dokuments _____
Eskorts jā nē Skaits: _____
Maršruts, no / caur / uz Datums: _____

Tranzītlidosta / Reisa nr.: pienāk: _____ atiet / Reisa nr.: _____

2. Tiek lūgts pārņemt eskortu ar pavadītājiem no
_____ jā nē

3. a) Tranzītam tiek piekristis _____ jā nē
b) Eskorta pārņemšanai no tiek piekristis _____ jā nē

Paraksts _____ Datums _____

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF LATVIA CONCERNING THE RETURN/READMISSION OF PERSONS (READMISSION AGREEMENT)

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Latvia,

Proceeding from the friendly relations between the two States and their peoples,

With a view to combating illegal immigration in the spirit of efforts being made in Europe,

Guided by the endeavour to facilitate the readmission of persons staying illegally on the territory of the other Contracting Party, and the onward transport of persons in harmony with the norms of general international law and in a spirit of cooperation,

Have agreed as follows:

SECTION I. READMISSION OF NATIONALS

Article 1

(1) Each Contracting Party shall readmit at the request of the other Contracting Party and without any particular formality a person who does not, or who no longer, fulfils the conditions in force for entry or residence on the territory of the requesting Contracting Party provided that it is proved or may be validly assumed that he possesses the nationality of the requested Contracting Party. The same shall apply to persons who have lost their nationality during their stay on the territory of the other Contracting Party, without having acquired another nationality or at least received a promise of naturalization from the other Contracting Party.

(2) Paragraph 1 shall apply, *mutatis mutandis*, to persons who have entered the territory of the requesting Contracting Party with a valid passport from the requested Contracting Party.

(3) The requesting Contracting Party shall readmit such persons under the same conditions if investigation shows within six months that at the time of leaving the territory of the requesting Contracting Party, they did not fulfil the requirements of paragraphs 1 and 2.

Article 2

(1) The competent authority of the requested Contracting Party shall respond without delay, and in any event within 14 days, to a request for readmission.

(2) When consent has been obtained the competent authorities of the Contracting Parties shall agree in advance, in writing, on a date for the transfer.

(3) The transfer of the person shall take place without delay, normally within one week of expiry of the time limit laid down in paragraph 1, but in exceptional cases within one month at the latest.

(4) If the requesting Contracting Party cannot comply with the time limit for the hand-over, it shall inform the requested Contracting Party without delay. It shall give notice of the new transfer date at least one week in advance, with a reference to the earlier request for readmission.

SECTION II. READMISSION OF NATIONALS OF THIRD COUNTRIES AND STATELESS PERSONS ENTERING AND STAYING ILLEGALLY

Article 3

(1) Each Contracting Party shall readmit at the request of the other Contracting Party a person who does not possess the nationality of a Contracting Party (a national of a third country or a stateless person), if he does not fulfil the conditions for entry and residence in force on the territory of the requesting Contracting Party, and it is proved or may be validly assumed that the person:

1. Illegally entered the territory of the requesting Contracting Party, coming directly by air or sea from the territory of the requested Contracting Party, or obtained entry by deception, using falsified documents, or

2. Holds a valid residence permit issued by the other Contracting Party or

3. Possesses a valid visa issued by the other Contracting Party. This shall not apply to a transit visa issued by the requested Contracting Party for the purpose of a direct onward journey to the territory of the requesting Contracting Party if there is a valid visa or other valid residence permit of the requesting Contracting Party, in which case the requesting Contracting Party shall endeavour to repatriate the person, as a matter of priority, to the State of origin.

(2) Paragraph 1 shall apply, *mutatis mutandis*, to persons whose last place of residence was on the territory of the requested Contracting Party.

Article 4

(1) The request for readmission must be made within 12 months of the competent authorities becoming aware of the illegal entry or residence of the third-country national or stateless person.

(2) The requested Contracting Party shall respond to the readmission request without delay, and in any event within 14 days.

(3) The controlled readmission of the third-country national or stateless person shall take place without delay, or no later than three months after the requested Contracting Party has consented to readmission. This time limit may be extended if the requesting Contracting Party so requests, but only in the presence of legal or practical obstacles to readmission and only for as long as these obstacles persist.

(4) The competent authorities of the Contracting Parties shall reach agreement in advance in writing on the intended date of transfer.

(5) The requesting Contracting Party shall readmit a third-country national or stateless person within special formalities if the requested Contracting Party ascertains, within 30 days of the admission of the third-country national or stateless person, that the conditions specified in Article 3 were not present.

SECTION III. TRANSIT

Article 5

(1) The Contracting Parties shall permit through travel or transit of third-country nationals or stateless persons through their territory if the other Contracting Party so requests and the onward journey to possible transit States and to the State of destination is assured.

(2) The through travel or transit may be refused if:

1. The person would be at risk of persecution in a subsequent transit State or in the State of destination for the reasons specified in the Conventions referred to in article 10, paragraph 1, of this Agreement, or would become the subject of criminal proceedings or the enforcement of a criminal penalty, or

2. The person is under threat of criminal proceedings in the territory of the requested Contracting Party, in which case the requesting Contracting Party must be informed before transit takes place.

(3) Where transit is to take place by air, the requesting Contracting Party is exempt from the requirement to obtain a transit visa.

(4) Even if consent has been granted, persons accepted for transit may be returned to the other Contracting Party if circumstances within the meaning of paragraph 2 subsequently arise or come to light which stand in the way of a transit operation, or if the onward journey or admission by the State of destination or a possible transit State is no longer assured.

SECTION IV. DATA PROTECTION

Article 6

(1) Where personal data are to be transmitted for the purposes of this Agreement, such information shall concern exclusively:

1. The personal details of the person to be handed over and, if applicable, members of his or her family (surname, first name, any previous surname, nicknames or pseudonyms, date and place of birth, sex, present and previous nationality);

2. The personal identity document or travel document (number, period of validity, date of issue, issuing authority, place of issue, etc.);

3. Other details necessary to identify the person to be handed over;

4. Places of residence and itineraries;

5. Other details at the request of a Contracting Party which are needed by the latter in order to verify the conditions of admission under this Agreement.

(2) Where personal data are transmitted in the context of this Agreement, the following provisions shall apply, subject to the domestic law in force for each Contracting Party:

1. The data are to be used by the recipient only for the purpose stated and under the conditions laid down by the transmitting authority;

2. The recipient shall inform the transmitting authority on request of the use made of the data transmitted and of the results obtained;

3. Personal data may only be transmitted to the competent authorities. Retransmission to other agencies is permissible only with the prior consent of the transmitting authority;

4. The transmitting authority shall have regard to the accuracy of the data to be transmitted and to considerations of necessity and proportionality in respect of the intended aim of the transmission. Prohibitions against transmission of data under domestic law must be observed. If it is found that inaccurate data or data which should not be transmitted have been transmitted, the recipient must be informed without delay. It is then bound to correct or destroy the data;

5. The transmitting and receiving authorities must keep a record of the transmission and receipt of personal data;

6. The transmitting and the receiving authority are bound to protect transmitted personal data effectively against unauthorized access, alteration and dissemination.

SECTION V. COSTS

Article 7

All costs associated with repatriation, as far as the border of the requested Contracting Party, and the costs of onward transport under article 5, shall be borne by the requesting Contracting Party. This shall also apply to cases of readmission under article 4, paragraph 5.

SECTION VI. ARRANGEMENTS FOR IMPLEMENTATION

Article 8

The further arrangements required to implement this Agreement, especially concerning:

(a) The nature and manner of the reciprocal communication;

(b) The details, accompanying documents and evidence required for admission;

(c) The authorities competent to implement this Agreement;

(d) The reimbursement of costs under article 7;

(e) The conditions for onward travel or onward transport of third-country nationals and stateless persons shall be agreed by the Federal Ministry of the Interior of the Federal Re-

public of Germany and the Ministry of the Interior of the Republic of Latvia in a Protocol on the implementation of this Agreement.

SECTION VII. CONSULTATIONS

Article 9

(1) The Contracting Parties shall assist each other in the application and interpretation of this Agreement and the Protocol, with a view to its implementation. Any disputes which arise shall be settled by both Contracting Parties through consultations held under the auspices of the respective Ministries of the Interior.

(2) The Contracting Parties shall inform each other of the legal requirements governing approvals for entry to and residence in their territories, and of all readmission agreements previously concluded with third States which are still in force.

SECTION VIII. FINAL PROVISIONS

Article 10

(1) The application of the Geneva Convention of 28 July 1951 relating to the Status of Refugees, and the New York Protocol of 31 January 1967 relating to the Status of Refugees, shall be unaffected.

(2) The obligations of the Contracting Parties under international agreements shall be unaffected.

Article 11

(1) This Agreement is concluded for an indefinite period.

(2) The Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date of its entry into force.

Article 12

This Agreement may be amended or supplemented by mutual agreement.

Article 13

The Contracting Parties shall inform each other, as far as possible, of the means of proof and substantiation referred to in the Protocol to this Agreement, by transmitting samples within 30 days of the entry into force of the Agreement.

Article 14

Registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations under Article 102 of the Charter of the United Nations shall be effected by the Government of the Federal

Republic of Germany immediately after its entry into force. The other Contracting Party shall be informed and shall be notified of the United Nations registration number, as soon as this has been confirmed by the Secretariat.

Article 15

(1) Either Contracting Party may suspend this Agreement through notification on grounds of public security, public order or health, or for serious reasons denounce it.

(2) Suspension of this Agreement shall take effect seven days following receipt of notification. Denunciation shall become effective on the first day of the month following the month in which notification is received by the other Contracting Party.

Done at Berlin on 16 December 1998 in two copies, in the German and Latvian languages, each text being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

DR. WOLF-RUTHART BORN

OTTO SCHILY

For the Government of the Republic of Latvia:

ROBERTS JURDZS

PROTOCOL BETWEEN THE FEDERAL MINISTRY OF THE INTERIOR OF THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE MINISTRY OF THE INTERIOR
OF THE REPUBLIC OF LATVIA ON THE IMPLEMENTATION OF THE AGREE-
MENT OF 16 DECEMBER 1998 BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FED-
ERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
REPUBLIC OF LATVIA CONCERNING THE RETURN/READMISSION OF PER-
SONS (READMISSION AGREEMENT)

The Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany and the Min-
istry of the Interior of the Republic of Latvia,

On the basis of article 8 of the Agreement of 16 December 1998 between the Govern-
ment of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Latvia
concerning the Return/Readmission of Persons (Readmission Agreement)

Have agreed as follows:

Article I

(1) Proof of nationality or previous nationality may be supplied:

(a) For German nationals, by means of:

Certificates of nationality;

National passports, group passports, diplomatic passports, service passes including
ministerial passes, documents in lieu of a passport;

Personal identity documents (including provisional documents);

Army service record books and military identity cards;

Children's identity cards in lieu of passports;

Officially issued documents;

Seamen's discharge books and seamen's identity cards;

Administrative information, where the findings are conclusive.

(b) For Latvian nationals, by means of:

National passports, diplomatic passports;

Repatriation documents;

Military identity cards;

Seamen's discharge books indicating the nationality of the holder;

Identity cards for members of the public service.

(2) Proof of residence according to article 3, paragraph 2 of the Readmission Agree-
ment may be supplied by means of certificates issued by the authorities of the requested
Contracting State, or official documents of a third State.

(3) On presentation of valid proof as specified in paragraphs 1 and 2, nationality or res-
idence must be recognized without further investigation.

(4) Nationality may be substantiated through the following means in particular:

(a) For German nationals, by means of:

Copies of the documents referred to in paragraph 1;

Driving licences;

Birth certificates;

Company identity cards;

Copies of the documents specified;

Witness statements as to nationality;

Information furnished by the person concerned;

The language of the person concerned.

(b) For Latvian nationals, by means of:

Copies of the documents referred to in paragraph 1;

Driving licences;

Birth certificates;

Company identity cards;

Copies of the documents specified;

Witness statements as to nationality;

Information furnished by the person concerned;

The language of the person concerned

and other documents which may be of assistance in ascertaining nationality.

(5) Substantiation according to article 3, paragraph 2 of the Readmission Agreement may take place, in particular, by means of documents, certificates and supporting documentation indicating a place of residence in the territory of the requested Contracting Party.

(6) In the event of substantiation, nationality or residence shall be regarded as firmly established as between the Contracting Parties as long as the requested Contracting Party has not refuted it.

(7) The documents listed in paragraphs 1 and 2, and in paragraphs 4 and 5, shall suffice to substantiate nationality or residence even if they have been invalidated through lapse of time.

Article 2

A request for readmission may be made by the requesting Contracting Party to the requested Contracting Party:

1. Through the embassy responsible, if issuance of a travel document in lieu of a passport is being requested for the purpose of repatriation;

2. In other cases, through the competent authorities referred to in article 6 (b).

Article 3

(1) For the purpose of repatriation, the competent embassy of the requested Contracting Party shall if necessary issue immediately to the person to whose admission the requested Contracting Party has consented a travel document in lieu of a passport, which shall also be recognized by possible transit States; no additional consent for admission shall be required in such case.

(2) A request for readmission under article 2 must contain, depending on the documents available or the details of the persons to be admitted, the following information:

The personal details of the persons to be admitted (first name, surname, date of birth and place of residence, last place of residence in the territory of the requested Contracting Party):

Designation of the proofs or substantiation of nationality or residence in the territory of the requested Contracting Party;

Indication, with the agreement of the person to be handed over, of any special need for assistance, care or personal attendance based on sickness or age;

Other protective or security measures required on handover in an individual case.

(3) If the embassy on issuing the travel document requests controlled repatriation, the transfer shall be notified at least two working days in advance to the competent authorities referred to in article 6 (b).

Article 4

(1) This article refers to persons possessing neither German nor Latvian nationality (third-country nationals and stateless persons).

(2) The request for readmission must contain details of the evidence or means of substantiation concerning illegal entry or illegal residence and, as far as possible, the following information:

Personal details of the person to be handed over (first name, surname, date and place of birth, nationality, last place of residence in the State of origin);

Type, number and place of issue of the identity documents of the person to be handed over;

Place and type of illegal entry;

Details of the illegal residence;

Details of the possession of a valid visa or other residence permit issued by the requested Contracting Party;

Indication, with the agreement of the person to be handed over, of any special need for assistance, care or personal attendance based on sickness or age;

Any other protective or security measures required on handover in an individual case;

Language skills of the person to be handed over, especially as regards the need for an interpreter for the purpose of communication with the person to be handed over.

(3) Entry into the territory of the requesting State and residence in the territory of the requesting State, and the illegality of such entry and residence, as well as possession of a valid visa or other valid residence permit issued by the requested State must, in accordance with article 3 of the Readmission Agreement, be proved or substantiated.

1. Entry into and residence in the territory of the requesting State, and possession of a valid visa or other valid residence permit issued by the requested State, shall be:

(a) Proved by:

An exit and entry stamp in the travel documents by authorities of the requested Contracting Party;

Entries made in travel documents by authorities of the requested Contracting Party;

Flight tickets, certificates or invoices clearly demonstrating that the person has stayed on the territory of the requested State;

Proof supplied in this manner shall be accepted as between the Contracting Parties without further investigation.

(b) Substantiated by:

Railway tickets, flight or voyage itineraries indicating the route travelled on the territory of the requested State;

The place and the circumstances in which the foreigner was picked up following entry;

Statements by border officials who can testify that the border was crossed;

Statements by witnesses.

A substantiation made in this manner shall be regarded as firmly established as between the Contracting Parties as long as the requested Contracting Party has not refuted it.

2. The illegality of the entry or residence shall be proved by means of the person's border crossing papers, in which the necessary visa or other residence permit for the territory of the requesting State is absent. In order to substantiate the illegality of the entry or residence, it is sufficient for the requesting Contracting Party to indicate that as far as it has been able to ascertain, the person does not possess the necessary border crossing papers or the necessary visa or other residence permit.

(4) The handover shall take place at the border crossing agreed between the competent authorities of the Contracting Parties, at the agreed time.

(5) In the event of an escorted repatriation, the report drawn up according to Annex 1 must be handed over.

Article 5

(1) An application for onward transport according to article 5 of the Readmission Agreement must be made in writing. As far as possible, the application must contain the personal data of the third-country national or stateless person (first names, surnames, date of birth, place of birth, nationality, type and number of the travel document) and must always contain a declaration that the conditions under article 5, paragraph 1, of the Readmission Agreement have been fulfilled and that there are no known grounds for refusal under article 5, paragraph 2 of the Readmission Agreement. The anticipated border crossing point

must also be indicated, together with the anticipated time of the handover and where appropriate the fact that special health care must be guaranteed.

(2) The requested Contracting Party shall immediately inform the requesting Contracting Party in writing of the readmission, stating the border crossing point and the anticipated time of the readmission, or stating the refusal to readmit and the grounds for refusal.

(3) The onward transport of a person across the territory of the other Contracting Party requires authorization, for the purpose of which the form printed in Annex 2 is to be used. If the person is handed over to the requested Contracting Party, the form in Annex 2 must be handed over.

(4) Onward transport, together with any official escort which may be required, shall take place by land, sea or air as far as the border of the requested State and shall be accompanied by escorts from the requesting Contracting State.

The further escort of the persons as far as the State of destination shall be the responsibility:

Where the route is overland, of the requested Contracting Party, and

Where the route is by air, of the requesting Contracting Party, which may take over the official escort function at the request of the requesting Contracting Party.

(5) Responsibility for agreeing the costs incurred and their calculation lies, on the German side, with the head office of the border police and, on the Latvian side, with the Ministry of the Interior.

Article 6

The competent authorities:

(a) For making application for passports and repatriation documents issued by embassies:

On the side of the Federal Republic of Germany:

Shall be the authorities of the Federal Länder which are responsible for the execution of the law on foreigners (the aliens' registration authorities, the local administrative authorities and the Interior Ministers or senators of the Länder) or

The head office of the border police;

On the side of the Republic of Latvia:

Shall be the head office of the immigration police;

(b) For applying for and processing requests for readmission:

On the side of the Federal Republic of Germany:

Shall be the head office of the border police

Postal address: Roonstrasse 13 D-56068 Koblenz
Telephone: 0049 261 399-0
Fax: 0049 261 399218;

On the side of the Republic of Latvia:
Shall be the head office of the immigration police

Postal address: Raina bulvaris 5 Riga, LV-1533
Telephone: 00371/721 91 76 00371/721 97 50
Fax: 00371/721 93 01;

(c) For itineraries consisting of direct air or sea transport:

Shall be the border authority responsible for border crossing, for a period not exceeding four days after the exit from the Contracting State;

(d) For applications for onward transport:

On the side of the Federal Republic of Germany:

Shall be the head office of the border police

Postal address: Roonstrasse 13 D-56068 Koblenz
Telephone: 0049 261 399-0
Fax: 0049 261 399218;

On the side of the Republic of Latvia:

Shall be the head office of the immigration police

Postal address: Raina bulvaris 5 Riga, LV-1533
Telephone: 00371/721 91 76 00371/721 97 50
Fax: 00371/721 93 01.

Article 7

Any disputes which arise in the implementation of this Protocol shall be settled according to the procedure defined in article 9 of the Readmission Agreement.

Article 8

- (1) This Protocol shall enter into force at the same time as the Readmission Agreement.
- (2) This Protocol shall remain in force for the same period as the Readmission Agreement.

Done at Berlin on 16 December 1998 in the German and Latvian languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany:

OTTO SCHILY

For the Ministry of the Interior of the Republic of Latvia:

ROBERTS JURDZS

ANNEX I TO THE PROTOCOL BETWEEN THE FEDERAL MINISTRY OF THE INTERIOR OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE MINISTRY OF THE INTERIOR OF THE REPUBLIC OF LATVIA ON THE IMPLEMENTATION OF THE AGREEMENT OF 16 DECEMBER 1998 BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF LATVIA CONCERNING THE RETURN/READMISSION OF PERSONS (READMISSION AGREEMENT)

PROTOCOL ON THE REPATRIATION AND ONWARD TRANSPORT OF THIRD-COUNTRY NATIONALS AND STATELESS PERSONS

(Authority) (Place, date)

1. First name and surname

Date and place of birth

Place of residence in country of origin (if known)

Nationality

Identity established on the basis of

2. Minors under age 18:

3. Reasons for the request:

4. Proof or means of substantiation of illegal entry or illegal residence:

5. Documents

(a)

(b)

(c)

6. Documents, money and other articles to be handed over in connection with the handover of persons

7. The handover of persons is anticipated to take place as follows (date/flight)

8. Admission is granted

Admission is not granted

9. Grounds of refusal:

Signature Place, date

10. This is to confirm the handover/admission of persons and the acceptance of documents, money or other articles to be handed over in accordance with item No. 6 (only in the case of escorted repatriation)

11. Remarks:

Place, date

Signature

Signature

ANNEX 2 TO THE PROTOCOL BETWEEN THE FEDERAL MINISTRY OF THE INTERIOR OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE MINISTRY OF THE INTERIOR OF THE REPUBLIC OF LATVIA ON THE IMPLEMENTATION OF THE AGREEMENT OF 16 DECEMBER 1998 BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF LATVIA CONCERNING THE RETURN/READMISSION OF PERSONS (READMISSION AGREEMENT)

Onward transport

Office: _____ Telephone: _____

Fax: _____

Responsible officer/signature

Recipient

1. Name First name Nationality

Place of birth/date of birth

Identity document

Whether accompanied Yes No Number of escorts:

Route, from/via/to Date:

Transit airport/flight No.: arrival time

Departure time/flight No.:

2. Takeover of onward transport with escorts from is requested

Yes No

3. (a) Onward transport is agreed Yes No

(b) Escort takeover agreed from Yes No

Signature Date

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE
LETTONIE CONCERNANT LA REMISE OU LA RÉADMISSION DE
PERSONNES (ACCORD DE RÉADMISSION)

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lettonie,

Considérant les relations amicales qui existent entre les deux États et leurs populations,
Désireux de lutter contre l'immigration clandestine dans l'esprit de ce qui est entrepris en Europe,

Soucieux de faciliter la réadmission des personnes qui se trouvent illégalement sur le territoire de l'autre Partie contractante ainsi que le transit de personnes conformément aux normes générales du droit international et dans un esprit de coopération,

Sont convenus de ce qui suit :

TITRE I. RÉADMISSION PAR CHAQUE PARTIE CONTRACTANTE DE SES PROPRES RESSORTISSANTS

Article premier

1) À la demande de l'autre, chacune des Parties contractantes réadmet, sans formalité particulière, les personnes qui ne remplissent pas ou ne remplissent plus les conditions d'entrée ou de séjour en vigueur sur le territoire de la Partie contractante requérante et s'il est prouvé ou plausible que ces personnes sont ressortissantes de la Partie contractante requise. Il en est de même des personnes qui, pendant leur séjour sur le territoire de l'autre Partie contractante, ont perdu leur nationalité sans avoir acquis celle d'un autre État ou tout au moins sans avoir obtenu une assurance de naturalisation de l'autre Partie contractante.

2) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent mutatis mutandis aux personnes qui sont entrées avec un passeport national valide de la Partie contractante requise sur le territoire de la Partie contractante requérante.

3) La Partie contractante requérante réadmet ces personnes dans les mêmes conditions si, après vérification dans les six mois, il apparaît qu'à la date à laquelle elles avaient quitté le territoire de la Partie contractante requérante, elles ne remplissaient pas les conditions énoncées aux paragraphes 1 et 2 du présent article.

Article 2

1) Les autorités compétentes de la Partie contractante requise répondent aux demandes de réadmission immédiatement et en tout cas dans les 14 jours.

2) Une fois cette autorisation accordée, les autorités compétentes des Parties contractantes s'informent à l'avance par écrit de la date de la remise.

3) La remise de la personne a lieu immédiatement, en règle générale, dans la semaine qui suit le délai défini au paragraphe 1 du présent Accord et, dans les cas exceptionnels, en tout cas dans le mois qui suit.

4. La Partie contractante requérante qui ne peut respecter le délai défini pour la remise en informe immédiatement la Partie contractante requise. Elle informe de la nouvelle date de la remise au moins une semaine à l'avance en rappelant la demande de réadmission précédente.

TITRE II. RÉADMISSION PAR UNE DES PARTIES CONTRACTANTES DE RESSORTISSANTS D'ÉTATS TIERS ET D'APATRIDES QUI SONT ENTRÉS ET SÉJOURNENT IRRÉGULIÈREMENT SUR SON TERRITOIRE

Article 3

1) À la demande de l'autre, chacune des Parties contractantes admet les personnes qui ne sont ressortissantes ni de l'une ni de l'autre (ressortissants d'État tiers ou apatrides) si elles ne remplissent pas les conditions en vigueur pour l'entrée et le séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante et qu'il est prouvé ou plausible qu'elles :

1. Sont entrées sur le territoire de la Partie contractante requérante illégalement ou en utilisant des documents falsifiés, directement depuis le territoire de la Partie contractante requise par la voie aérienne ou maritime;

2. Sont détentrices d'un titre de séjour valide délivré par l'autre Partie contractante;

3. Possèdent un visa valide délivré par l'autre Partie contractante.

Ces dispositions ne s'appliquent pas dans le cas de visas de transit délivrés par la Partie contractante requise en vue de la poursuite du voyage directement sur les territoires de la Partie contractante requérante si la personne est titulaire d'un visa valide ou d'un autre titre de séjour valide délivré par la Partie contractante requérante et que cette Partie s'emploie à rapatrier en priorité cette personne vers son pays d'origine.

2) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent mutatis mutandis aux personnes qui ont résidé en dernier lieu sur le territoire de la Partie contractante requise.

Article 4

1) La demande de réadmission doit être déposée dans un délai de 12 mois à compter de la date à laquelle les autorités compétentes ont connaissance de l'entrée irrégulière ou du séjour irrégulier du ressortissant d'État tiers ou de l'apatride sur leur territoire.

2) La Partie contractante requise répond à la demande d'admission sans retard et au plus tard dans les 14 jours.

3) L'admission administrative du ressortissant d'État tiers ou de l'apatride a lieu sans retard et, au plus tard, dans les trois mois qui suivent la date à laquelle la Partie contractante requise l'a acceptée. À la demande de la Partie contractante requérante, ce délai n'est prorogé que si des obstacles juridiques ou concrets s'opposent à l'admission et uniquement pour la durée aussi longtemps que ces obstacles subsistent.

4) Les autorités compétentes des Parties contractantes s'informent à l'avance par écrit de la date prévue pour la remise.

5) La Partie contractante requérante réadmet les ressortissants d'États tiers ou les apatrides sans autre formalité si la Partie contractante requise détermine dans les 30 jours qui suivent leur admission que les conditions de l'article 3 du présent Accord ne sont pas remplies.

TITRE III. TRANSIT

Article 5

1) Les Parties contractantes autorisent les ressortissants d'États tiers ou les apatrides à transiter par leur territoire ou à le traverser sans escorte si l'autre Partie contractante le demande et que la poursuite du voyage sur le territoire d'éventuels États de transit et de l'État de destination est assurée.

2) Le transit ou la traversée sans escorte peuvent être refusés dans l'un des cas suivants :

1. Si le ressortissant d'État tiers ou l'apatride risque d'être poursuivi ou est passible de poursuites pénales ou encourt une condamnation pénale sur le territoire d'autres États de transit ou celui de l'État de destination pour des raisons visées dans les Conventions au sens du paragraphe 1 de l'article 10 du présent Accord;

2. Si le ressortissant d'État tiers ou l'apatride risque des poursuites pénales sur le territoire de la Partie contractante requise, en pareil cas, la Partie requérante doit en être informée avant le transit.

3) Si le voyage de transit est effectué par la voie aérienne, la Partie contractante requérante est dispensée d'avoir à obtenir un visa.

4) Même si l'autorisation a été accordée, les personnes admises en transit peuvent être remises à nouveau à l'autre Partie contractante si surviennent ou sont connus a posteriori des faits au sens du paragraphe 2 du présent Accord qui s'opposent à ce transit ou si la poursuite du voyage ou l'admission par un État de destination ou un éventuel autre État de transit n'est plus assurée.

TITRE IV. PROTECTION DES INFORMATIONS

Article 6

1) Pour autant que des informations doivent être communiquées aux fins de l'application du présent Accord, il doit s'agir exclusivement des informations ci-après :

1. Renseignements personnels sur la personne à remettre et éventuellement les membres de sa famille (nom de famille, prénoms, éventuellement nom de famille antérieur, surnoms ou pseudonymes, date et lieu de naissance, sexe, nationalité actuelle et antérieure);

2. Le document d'identité ou de voyage (numéro, durée de validité, date de délivrance, autorités qui ont délivré le document, lieu de délivrance, etc.);

3. Autres renseignements nécessaires pour identifier la personne à remettre;
4. Lieu de séjour et itinéraire;
5. Autres informations à la demande de l'une des Parties contractantes qui en a besoin pour vérifier les conditions d'admission au sens du présent Accord.

2) Les dispositions ci-après s'appliquent aux renseignements d'ordre personnel qui pourraient éventuellement être communiqués dans le cadre du présent Accord sous réserve des dispositions pertinentes du droit en vigueur de chacune des Parties contractantes :

1. Les informations ne peuvent être utilisées par les destinataires qu'aux fins indiquées, et aux conditions définies par les autorités qui les ont communiquées;

2. Le destinataire informe les autorités qui ont communiqué les informations, sur leur demande, de l'utilisation qui est faite de ces informations et des résultats qu'elles ont permis d'obtenir;

3. Les renseignements d'ordre personnel ne peuvent être communiqués qu'à l'organe compétent. Leur communication ultérieure à d'autres autorités ne peut avoir lieu qu'avec l'autorisation préalable de l'organe qui les a fournis initialement;

4. Les autorités qui communiquent les informations sont tenues de veiller à ce que celles-ci soient exactes, nécessaires aux fins poursuivies et en rapport avec elles. Elles doivent veiller ce faisant à respecter les interdictions de communication de données prévues par le droit interne en vigueur. S'il apparaît que des informations ont été communiquées alors qu'elles n'étaient pas exactes ou qu'elles ne devaient pas l'être, il convient d'en informer immédiatement le destinataire. Celui-ci est tenu de procéder à la rectification ou à la destruction des informations;

5. Les autorités qui communiquent les données et celles qui les reçoivent sont tenues d'enregistrer la communication et la réception de renseignements d'ordre personnel;

6. Les autorités qui communiquent les données et celles qui les reçoivent sont tenues de protéger efficacement les renseignements d'ordre personnel communiqués de sorte qu'il ne soit pas possible d'y avoir accès, de les modifier ou de les divulguer sans y être autorisé.

TITRE V. COÛTS

Article 7

Tous les coûts liés à la reconduite jusqu'à la frontière de la Partie contractante requise, ainsi que les coûts du transit visés à l'article 5 du présent Accord sont à la charge de la Partie contractante requérante. Il en est de même dans les cas de réadmission visés au paragraphe 5 de l'article 4 du présent Accord.

TITRE VI. MODALITÉS D'APPLICATION

Article 8

Le Ministère fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de l'intérieur de la République de Lettonie définiront dans un protocole d'application

les autres règles nécessaires à la mise en œuvre du présent Accord, en particulier en ce qui concerne :

- a) Les modalités de notification mutuelle;
- b) Les renseignements, les pièces et les éléments de preuve requis pour la prise en charge;
- c) Les autorités compétentes pour appliquer le présent Accord;
- d) Le remboursement des coûts visés à l'article 7 du présent Accord;
- e) Les conditions dans lesquelles les ressortissants d'État tiers et les apatrides peuvent transiter par le territoire ou le traverser sous escorte.

TITRE VII. CONSULTATIONS

Article 9

1) Les Parties contractantes se prêtent mutuellement appui aux fins de l'application et de l'interprétation du présent Accord et de son protocole d'application. Les différends éventuels seront réglés par les deux Parties contractantes dans le cadre de consultation sous la conduite du Ministère de l'intérieur de chacune des Parties.

2) Les Parties contractantes s'informent mutuellement des dispositions de leur droit qui régissent l'autorisation d'entrée et de séjour sur leur territoire ainsi que tous les accords de réadmission déjà conclus et en vigueur avec des États tiers.

TITRE VIII. DISPOSITIONS FINALES

Article 10

1) Le présent Accord ne modifie en rien l'application de la Convention de Genève du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés et du Protocole de New York du 31 janvier 1967 sur le statut des réfugiés.

2) Le présent Accord ne modifie en rien les obligations contractées par les Parties contractantes en vertu de conventions internationales.

Article 11

1) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra la date de sa signature.

Article 12

Le présent Accord pourra être modifié ou complété d'un commun accord.

Article 13

Chacune des Parties contractantes tient autant que possible l'autre informée des éléments de preuve ou plausibilité visés dans le Protocole en lui envoyant des spécimens dans un délai de 30 jours à compter de l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 14

Sans retard après l'entrée en vigueur du présent Accord, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fera enregistrer celui-ci auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies conformément aux dispositions de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies. L'autre Partie contractante en sera informée en même temps que lui sera notifié le numéro d'enregistrement attribué dès que cet enregistrement aura été confirmé par le Secrétaire général.

Article 15

1) Chacune des Parties contractantes peut suspendre le présent Accord pour des raisons de sûreté, d'ordre ou de santé publique ou le dénoncer pour motif grave.

2) La suspension du présent Accord prendra effet sept jours à compter de la réception de la notification. La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suivra celui au cours duquel la notification aura été reçue par l'autre Partie contractante.

Fait à Berlin le 16 décembre 1998 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et lettone, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

WOLF-RUTHART BORN

OTTO SCHILY

Pour le Gouvernement de la République de Lettonie :

ROBERTS JURDZS

PROTOCOLE ENTRE LE MINISTÈRE FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR DE LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE EN VUE DE L'APPLICATION DE L'ACCORD DU 16 DÉCEMBRE 1998 ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE CONCERNANT LA REMISE OU LA RÉADMISSION DE PERSONNES (ACCORD DE RÉADMISSION)

Le Ministère fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de l'intérieur de la République de Lettonie,

Sur la base de l'article 8 de l'Accord du 16 décembre 1998 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Lettonie concernant le renvoi ou la réadmission de personnes (Accord de réadmission),

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1) La preuve de la nationalité actuelle peut être apportée :

a) Dans le cas des ressortissants allemands par les pièces suivantes :

Certificat de nationalité;

Passeport national, passeport de groupe, passeport diplomatique, passeport de service y compris passeport ministériel, document tenant lieu de passeport;

Carte d'identité (même provisoire);

Passeport de soldat ou carnet militaire;

Passeport d'enfant tenant lieu de passeport;

Documents officiels;

Carnet de gens de mer et carnet de batelier

Renseignements sans ambiguïté émanant d'autorités;

b) Dans le cas des ressortissants lettons, par les pièces suivantes :

Passeport national, passeport diplomatique;

Document de rentrée sur le territoire;

Carnet militaire;

Carnet de gens de mer indiquant la nationalité;

Carte d'identité de fonctionnaire.

2) La preuve du domicile au sens du paragraphe 2 de l'article 3 de l'Accord de réadmission peut être apportée par des attestations officielles de la Partie contractante requise ou des documents officiels d'un État tiers.

3) Sur présentation des preuves valides visées aux paragraphes 1 et 2 du présent article, la nationalité ou le domicile est formellement reconnu sans que d'autres vérifications soient nécessaires.

4) La plausibilité de la nationalité peut en particulier être apportée :

a) Pour les ressortissants allemands par les éléments ci-après :

Copies des éléments de preuve visés au paragraphe 1 du présent article;

Permis de conduire;

Certificat de naissance;

Document d'identité établi par l'employeur;

Copies des documents susvisés;

Déclarations de témoins concernant la nationalité;

Déclarations de l'intéressé lui-même;

Langue de l'intéressé;

b) Pour les ressortissants lettons par les éléments ci-après :

Copie des éléments de preuve visés au paragraphe 1 du présent article;

Permis de conduire;

Certificat de naissance;

Document d'identité établi par l'employeur;

Copies des documents susvisés;

Déclarations de témoins concernant la nationalité;

Déclarations de l'intéressé lui-même;

Langue de l'intéressé;

de même que d'autres documents qui peuvent être utiles pour la détermination de la nationalité.

5) La plausibilité visée au paragraphe 2 de l'article 3 de l'Accord de réadmission peut en particulier être établie par des documents, certificats et attestations qui donnent des indications concernant le domicile sur le territoire de la Partie contractante requise.

6) Aux fins de l'établissement de la plausibilité, la nationalité ou le domicile est réputé déterminé à l'égard des Parties contractantes aussi longtemps que la Partie contractante requise ne le conteste pas.

7) Les documents visés aux paragraphes 1, 2, 4 et 5 du présent article suffisent à rendre la nationalité ou le domicile plausible même s'ils sont devenus périmés.

Article 2

La demande d'admission peut être faite à la Partie contractante requise par la Partie contractante requérante :

1. Auprès de la représentation compétente à l'étranger si l'établissement d'un document de voyage tenant lieu de passeport pour le retour est demandé aux fins de la reconduite;

2. Dans les autres cas, auprès des autorités compétentes visées à l'alinéa b) de l'article 6 de l'Accord.

Article 3

1) La représentation compétente à l'étranger de la Partie contractante requise délivre à la personne que la Partie contractante requise a accepté d'admettre et, le cas échéant, sans retard, un document de voyage tenant lieu de passeport pour le retour qui est aussi reconnu par les éventuels États de transit; dans ce cas, aucune acceptation supplémentaire n'est nécessaire pour la remise.

2) La demande d'admission visée à l'article 2 de l'Accord doit contenir les renseignements ci-après en accord avec les pièces existantes ou les indications de la personne à admettre :

Identité de l'intéressé à prendre en charge (prénoms, nom de famille, date et lieu de naissance et dernier lieu de résidence sur le territoire de la Partie contractante requise);

Désignation des éléments prouvant ou rendant plausible la nationalité ou le domicile sur le territoire de la Partie contractante requise;

Avec le consentement de la personne à remettre, mention de l'aide ou des soins particuliers dont celle-ci peut avoir besoin en raison de la maladie ou de l'âge.

Autres mesures de protection ou de sécurité nécessaires dans des cas particuliers lors de la remise.

3) Si, lors de la délivrance du document de voyage, la représentation à l'étranger demande une reconduite sous escorte, la remise doit être annoncée au moins deux jours ouvrables à l'avance aux autorités visées à l'alinéa b) de l'article 6 du présent Accord.

Article 4

1) Le présent article s'applique aux personnes qui ne sont ressortissantes ni de la République fédérale d'Allemagne ni de la République de Lettonie (ressortissantes d'États tiers et apatrides)

2) Les demandes d'admission doivent indiquer les moyens de preuve ou les moyens établissant la plausibilité de l'entrée illégale ou du séjour illégal et, autant que possible, les autres renseignements ci-après :

Identité de la personne à remettre (prénoms, nom de famille, date et lieu de naissance, nationalité, dernier domicile sur le territoire de l'État de provenance);

Nature, numéro et lieu de délivrance des documents personnels de l'intéressé;

Lieux et nature de l'immigration illégale;

Indications concernant le séjour illégal;

L'indication que des visas valides ou autres titres de séjour de la Partie contractante requise que l'intéressé possède;

Avec le consentement de la personne à remettre, indication que celle-ci a besoin de soins ou d'une aide particulière en raison de la maladie ou de l'âge;

Le cas échéant, mention des mesures de protection ou de sécurité nécessaires lors de la remise dans les cas particuliers;

Mention des connaissances linguistiques de la personne à remettre, en particulier s'il est nécessaire qu'un interprète soit présent pour permettre la compréhension avec elle.

3) Il convient d'établir la preuve ou la plausibilité de l'entrée et du séjour sur le territoire de l'État requérant ainsi que de l'illégalité de cette entrée et de ce séjour et de la possession d'un visa valide délivré par l'État requis ou d'un autre titre de séjour valide au sens de l'article 3 de l'Accord de réadmission.

1. Dans le cas de l'entrée et du séjour sur le territoire de l'État requérant, ainsi que de la possession d'un visa valide ou d'un autre titre de séjour valide délivré par l'État requis,

a) La preuve est apportée par :

Les timbres de sortie et d'entrée apposés sur les documents de voyage par les autorités de la Partie contractante requise;

Les visas apposés sur les documents de voyage par les autorités de la Partie contractante requise;

Les billets d'avion, attestations ou factures qui prouvent sans ambiguïté que la personne à séjourner sur le territoire de l'État requis.

Les preuves ainsi apportées sont reconnues comme valides par les Parties contractantes sans que d'autres recherches soient nécessaires;

b) La plausibilité est apportée par :

Les billets de chemin de fer, d'avion ou de bateau qui indiquent l'itinéraire sur le territoire de l'État requis;

Les lieux et les circonstances dans lesquels l'étranger a été appréhendé après son entrée sur le territoire;

Les déclarations des agents des autorités frontalières qui peuvent témoigner de la traversée de la frontière;

Les déclarations de témoins.

La plausibilité résultant de ces documents est réputée établie entre les Parties contractantes aussi longtemps que la Partie contractante requise ne la conteste pas.

2. L'illégalité de l'entrée ou du séjour sur le territoire est prouvée par les documents avec lesquels l'intéressé a franchi la frontière et qui ne comportent pas les visas nécessaires ou les autres autorisations nécessaires de séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante. Pour que cette illégalité soit plausible, il suffit que la Partie contractante requérante affirme avoir établi que l'intéressé ne possède pas les documents nécessaires pour franchir sa frontière, ni les visas nécessaires ni une autre autorisation de séjour.

4) La remise a lieu au passage frontalier dont sont convenues les autorités compétentes des Parties contractantes à la date convenue.

5) En cas de reconduite sous escorte, le protocole dont un spécimen est joint à titre de pièce 1 doit être remis.

Article 5

1) La demande de transit visée à l'article 5 de l'Accord de réadmission doit être faite par écrit. Elle doit contenir autant que possible des renseignements sur l'identité du ressortissant d'État tiers ou de l'apatride (prénoms, nom de famille, lieu et date de naissance, nationalité, titre et numéro du document de voyage) et, dans tous les cas, contenir une déclaration selon laquelle les conditions visées au paragraphe 1 de l'article 5 de l'Accord de réadmission sont remplies et il n'existe aucun motif connu de refus au sens du paragraphe 2 de l'article 5 de cet Accord. Elle doit en outre préciser le point de passage frontalier, l'heure et la date prévues de la remise et, le cas échéant, signaler si des soins médicaux particuliers sont nécessaires.

2) La Partie contractante requise informe sans retard par écrit la Partie contractante requérante de l'admission en précisant le lieu du passage frontalier et l'heure et la date prévues pour l'admission ou bien du refus d'admission et du motif de celui-ci.

3) La reconduite à travers le territoire de l'autre Partie contractante est soumise à autorisation; la formule jointe à titre de pièce 2 est utilisée dans ce cas. Pour la remise de personnes à la Partie contractante requise, c'est la formule jointe à titre de pièce 1 qui est utilisée.

4) Le transit, éventuellement sous escorte, a lieu par voie de terre, de mer ou par voie aérienne jusqu'à la frontière de l'État requis sous la conduite d'un agent de la Partie contractante requérante. L'escorte des personnes concernées jusqu'à leur État de destination est assurée ensuite

Par voie terrestre, par la Partie contractante requise;

Par voie aérienne, par la Partie contractante requérante; la Partie contractante requise peut se charger de faire escorter la personne par ses agents à la demande de la Partie contractante requérante.

5) Du côté allemand, la Direction de la protection des frontières et, du côté letton, le Ministère de l'intérieur sont compétents pour convenir des coûts liés à l'application du présent Accord et de leur répartition.

Article 6. Autorités compétentes

a) Pour les demandes de passeport et de documents de voyage de retour établis par les représentations à l'étranger :

En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Les autorités des Länder compétentes pour appliquer le droit des étrangers (services des étrangers, présidences de gouvernement, ministres et sénateurs chargés de l'intérieur des Länder)

Direction de la protection des frontières

En ce qui concerne la République de Lettonie :

L'administration de la police de l'immigration

b) Pour les demandes d'admission et leur examen :

En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Direction de la police des frontières

Adresse : Roonstraße 13
D-56068 Koblenz

No de téléphone : 0049 261 399-0

No de télécopieur : 0049 261 399218;

En ce qui concerne la République de Lettonie :

Administration de la police de l'immigration

Adresse : Raina Bulvaris 5
Riga, LV-1533

No de téléphone : 00371/721 91 76

00371/721 97 50

No de télécopieur : 00371/721 93 01

c) Pour les passagers transportés par air ou par mer par voie directe :

Les autorités compétentes pour le passage frontalier considéré, au plus tard quatre jours après la sortie du territoire de l'État contractant.

d) Pour les demandes de transit :

En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Direction de la police des frontières

Adresse : Roonstraße 13
D-56068 Koblenz

No de téléphone : 0049 261 399-0

No de télécopieur : 0049 261 399218;

En ce qui concerne la République de Lettonie :

Administration de la police de l'immigration

Adresse : Raina Bulvaris 5
Riga, LV-1533

No de téléphone : 00371/721 91 76

00371/721 97 50

No de télécopieur : 00371/721 93 01

Article 7

Les différends éventuels liés à l'application du présent Protocole seront réglés selon les modalités prévues à l'article 9 de l'Accord de réadmission.

Article 8

1) Le présent Protocole entrera en vigueur en même temps que l'Accord de réadmission.

2) Le présent Protocole restera en vigueur pendant la même durée que l'Accord de réadmission.

Fait à Berlin, le 16 décembre 1998, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et lettone, les deux textes faisant également foi.

Pour le Ministère fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne :

OTTO SCHILY

Pour le Ministère de l'intérieur de la République de Lettonie :

ROBERTS JURDZS

PIÈCE JOINTE 1 AU PROTOCOLE ENTRE LE MINISTÈRE FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR DE LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE EN VUE DE L'APPLICATION DE L'ACCORD DU 16 DÉCEMBRE 1998 ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE CONCERNANT LA REMISE/RÉADMISSION DE PERSONNES (ACCORD DE RÉADMISSION)

PROTOCOLE CONCERNANT LA RECONDUITE ET LE TRANSIT DES RESSORTISSANTS D'ÉTATS TIERS ET DES APATRIDES AUTORITÉ

Lieu

Date

1. Prénoms et nom

Date et lieu de naissance

Domicile sur le territoire de l'État d'origine (s'il est connu)

Nationalité

L'identité a été déterminée sur la base de

2. Mineurs de moins de 18 ans

3. Motifs de la demande

4. Éléments de preuve ou de plausibilité de l'entrée illégale ou du séjour illégal

5. Pièces jointes

a)

b)

c)

6. Objets, documents et espèces liés à la remise de l'intéressé

7. La remise de la personne aura lieu comme suit (date/vol)

8. La demande est acceptée

La demande n'est pas acceptée

9. Motifs du refus

Signature

Lieu

Date

10. La remise/réadmission de la personne et la réception des objets, documents ou espèces à remettre conformément au paragraphe 6 est confirmée (uniquement dans le cas des reconduites sous escorte)

11. Observations

Lieu

Date

Signature

Signature

PIÈCE JOINTE 2 AU PROTOCOLE ENTRE LE MINISTÈRE FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE MINISTÈRE DE L'INTÉRIEUR DE LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE EN VUE DE L'APPLICATION DE L'ACCORD DU 16 DÉCEMBRE 1998 ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE CONCERNANT LA RÉADMISSION DES PERSONNES (ACCORD DE RÉADMISSION)

Organe

Agent/signature

No de téléphone :

No de télécopieur :

Destinataire

1. Nom, prénoms, nationalité

Lieu et date de naissance

Document d'identité

Escorte oui non

Nombre

Itinéraire de/par/à

Date

Aéroport de transit/No de vol

Arrivée à

Départ à (No de vol)

2. Il est demandé d'admettre en vue de reconduite par escorte à partir de

Oui

Non

3. a) La demande de reconduite est acceptée

Oui

Non

b) La demande d'escorte depuis est acceptée

Oui

Non

Signature

Date

